



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Udo Ludwig
Editorial

Udo Ludwig
Aktuelle Trends
IWH-Konjunkturbarometer:
Ostdeutsche Wirtschaft mit schwachem Start

Christian Growitsch, Niels Krap
Netzinvestitionen und Regulierungsandrohung:
Vermeidung der Monopolbildung oder
des Infrastrukturausbaus?

Olaf Neubert
Langfristige Entwicklung der
Gesamtkapitalrenditen
– eine empirische Panelanalyse –

Simone Scharfe
Fiskalische Einsparpotentiale
einer Kreisstrukturreform in Sachsen-Anhalt

Brigitte Loose
IWH-Bauumfrage im April 2006

Wirtschaft im Wandel

5/2006

30.05.2006, 12. Jahrgang



Editorial

Der gute Zweck heiligt nicht jedes Mittel!

Nun hat sie der Bundestag mit großer Mehrheit doch beschlossen: die größte Steuererhöhung seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 2007 sollen mit der Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer 23 Milliarden Euro zusätzlich in die öffentlichen Kassen fließen. Die zulässige Obergrenze der Defizitquote von 3% wird damit deutlich unterboten werden. Soweit so gut?

Der öffentliche Schuldenstand hat sich von Jahr zu Jahr erhöht und beträgt inzwischen zwei Drittel des jährlich geschaffenen Sozialprodukts. Die Kumulation der Schulden muß zweifelsohne gestoppt werden. Dies liegt nicht nur im Interesse der jüngeren Generationen, sondern ist auch ein Gebot zur Erhaltung der Attraktivität des Standortes Deutschland. Aber die Gestaltung der Zukunft bedarf auch des Einsatzes finanzieller Mittel zur Modernisierung der Infrastruktur, für Bildung und Wissenschaft und nicht zuletzt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Also doch mehr Ausgaben, die durch mehr Einnahmen gedeckt werden müssen, soll die Schuldenspirale durchbrochen werden. Nein!

Die Wirtschaftsforschungsinstitute – und nicht nur sie – fordern seit Jahren, die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte von der Ausgabenseite anzugehen. Sparen darf dabei kein Selbstzweck sein, sondern muß an den Stellen erfolgen, an denen Ausgabenkürzungen nicht wachstumsschädlich sind. Dazu hatte 2003 der jetzige Bundesfinanzminister zusammen mit seinem früheren Ministerpräsidentenkollegen aus Hessen eine Streichliste vorgelegt. Ein Teil der dort vorgeschlagenen Kürzungen von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, wie z. B. die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Kürzung der Pendlerpauschale, wurde bereits umgesetzt. Der große Rest harret noch seiner Realisierung. Genügend Einsparmöglichkeiten gibt es auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Man denke nur an die vermeidbare Kostenexplosion im Rahmen von Hartz IV.

Die Bundesregierung hat sich jedoch für eine Sanierung der öffentlichen Haushalte über die Einnahmenseite entschieden. Höhere Mehrwertsteuern bedeuten höhere Preise und eine Senkung der Realeinkommen der Verbraucher. Diese Steueranhebung schmälert langfristig die Absatzaussichten der Unternehmen im Inland und damit das Wachstumspotential. Zwar hält die Regierung durch die Senkung der Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung dagegen. Deren Wirkung auf Einkommen und Lohnnebenkosten bleibt jedoch per saldo gering, zumal mittelfristig die Beiträge zur Kranken- und zur Rentenversicherung angehoben werden dürften. Die Wachstumskräfte werden letztlich geschwächt.

Steuererhöhungen mögen kurzfristig zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beitragen. Langfristig schaden sie dem Verbraucher und der Wirtschaft. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

*Udo Ludwig
Leiter der Abteilung Makroökonomik*

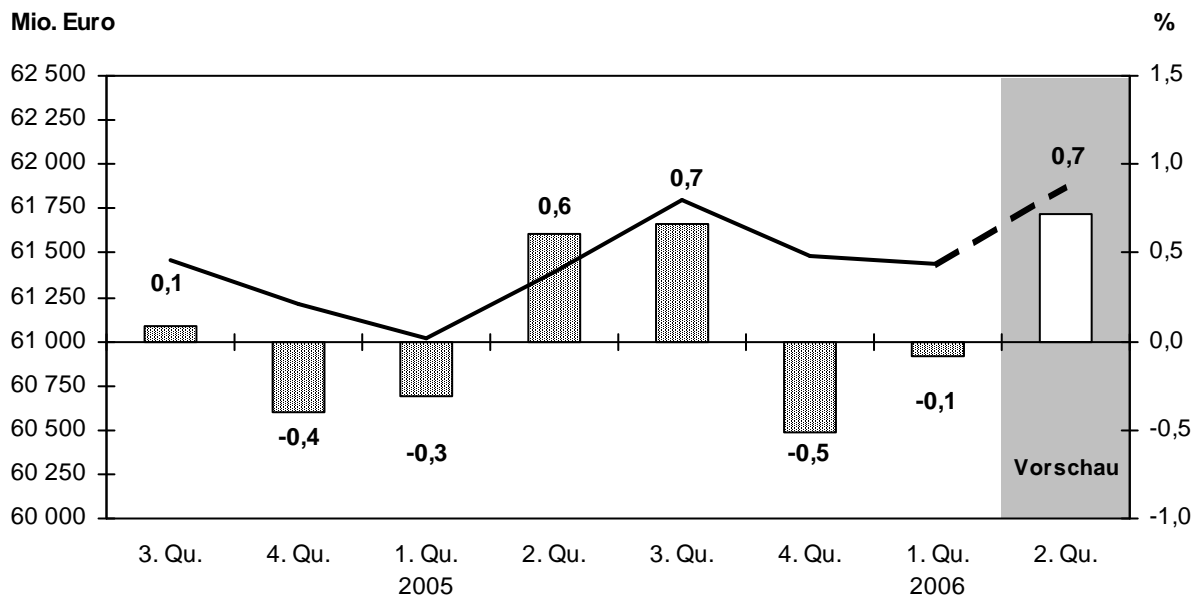
Aktuelle Trends

IWH-Konjunkturbarometer*

Ostdeutsche Wirtschaft mit schwachem Start

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %

– Verkettete Volumenangaben, kalender- und saisonbereinigter Verlauf –



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland, Stand: 22. Mai 2006.

Die ostdeutsche Wirtschaft ist von einem niedrigen Niveau aus in das neue Jahr gestartet. Das Schlußquartal verlief äußerst schwach, obwohl das Verarbeitende Gewerbe und selbst das Baugewerbe – sonst mitverantwortlich für Rückschläge – deutlich zulegten. Die negativen Wachstumsbeiträge kamen diesmal aus dem Dienstleistungssektor, insbesondere von Handel, Gastgewerbe und Verkehr, vor allem aber vom öffentlichen Bereich. In den ersten Monaten des neuen Jahres wurden diese Rückgänge gestoppt. Allerdings rutschte das Baugewerbe – nicht zuletzt wegen der Unbilden des verhältnismäßig lang anhaltenden Winterwetters – deutlich ins Minus. Das Verarbeitende Gewerbe zog dagegen weiter kräftig durch.

Für die Monate April bis Juni sprechen die vorliegenden Indikatoren für einen kräftigen Zuwachs der Produktion in den neuen Bundesländern (ohne Berlin). Im Verarbeitenden Gewerbe legten die Bestellungen nochmals zu. Insbesondere die Konsumgüterproduzenten konnten nach der langen Schwächephase im vergangenen Jahr mehr Aufträge verbuchen. Auch im Investitionsgütergewerbe gingen mehr Bestellungen ein, und zwar sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Vor allem aber dürfte das Baugewerbe einen Teil der Produktionsausfälle nachholen und einen positiven Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts leisten. Laut Umfragen des IWH hat sich das Geschäftsklima in der Industrie und im Baugewerbe weiter verbessert. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern dürfte die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität anhalten.

Das Konjunkturbarometer des IWH wird erstmalig auf der Grundlage der revidierten Angaben des Arbeitskreises „VGR der Länder“ zum Bruttoinlandsprodukt veröffentlicht. Die Umstellung auf das ESVG 2005 ergab für die Jahre nach 2000 einen anderen Konjunkturverlauf als bisher vom IWH veröffentlicht wurde.

Udo.Ludwig@iwh-halle.de

* Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe Wirtschaft im Wandel 16/2003, S. 471 f.

Netzinvestitionen und Regulierungsandrohung: Vermeidung der Monopolbildung oder des Infrastrukturausbaus?

– Kurzfassung –

Im Sommer 2005 gab die Deutsche Telekom ihre Pläne für den Aufbau eines neuen Glasfasernetzes bekannt. Sie formulierte gleichzeitig die Bedingung, daß dieses Netz weder preislich noch hinsichtlich der Nutzung durch andere Anbieter (Netzzugang) reguliert werden sollte. Um die Investitionen zu ermöglichen, einigte sich die große Koalition im Koalitionsvertrag darauf, das neue Netz von der ex-ante Regulierung auszunehmen und diese Regulierungsfreiheit im Telekommunikationsgesetz zu integrieren. Es stellt sich nun die Frage, wie die Investitionen ermöglicht und gleichzeitig Wohlfahrtsverluste durch Monopolgewinne verhindert werden können. Spieltheoretisch läßt sich zeigen, daß eine Regulierungsbehörde wie die für den deutschen Telekommunikationssektor zuständige Bundesnetzagentur mit steigender Unsicherheit über die erwarteten Kosten und Erträge einer Investition eine zunehmende Toleranz gegenüber Abweichungen von einem von ihr selbst ermittelten und festgelegten Regulierungspreis signalisieren

sollte. Dann führt bereits allein Androhung eines regulatorischen Eingriffs zu tolerierbaren Preisen, ohne daß eine tatsächliche Preisregulierung vorgenommen werden muß. Zukünftig sollte die Bundesnetzagentur allerdings Informationsasymmetrien reduzieren und das optimale Niveau an Toleranz vermindern, um zu einem präziseren Interventionspreis und einer effektiveren Regulierungsandrohung zu kommen. Die Wirksamkeit einer solchen Regulierungsandrohung läßt allerdings deutlich nach, wenn der Gesetzgeber den Regulierer per Gesetz von der Nutzung dieses Instrumentes ausschließt. Vor diesem Hintergrund geht der jüngst verfaßte Beschluß der Bundesregierung vom 17. Mai 2006 zur Novelle des Telekommunikationsgesetzes ökonomisch in die richtige Richtung, wird aber in der tatsächlichen Rechtspraxis seine Anreizkompatibilität beweisen müssen.

Christian Growitsch, Niels Krap (Seite 138)

Langfristige Entwicklung der Gesamtkapitalrenditen – eine empirische Panelanalyse –

– Kurzfassung –

Eine der grundlegenden Aussagen der ökonomischen Theorie ist die Behauptung, daß Wettbewerb keine dauerhaften über- und unterdurchschnittlichen Renditen zuläßt. Wie kann jedoch ein dauerhafter Übergewinn eines Monopolisten von einem Innovationsgewinn unterschieden werden? In welchen Märkten sollte regulierend eingegriffen werden? Das dynamische Wettbewerbskonzept betrachtet im Gegensatz zur statischen Betrachtung explizit den zeitlichen Verlauf von Gewinnen und Renditen. Ein Unternehmer kann durch neue Produkte oder neue Produktionsprozesse einen Vorteil gegenüber seinen Wettbewerbern erzielen. Daraus entstehende Innovationsgewinne dienen wiederum

als Anreiz für Imitatoren, sich dieser Entwicklung anzuschließen, was zu einer Verringerung der Übergewinne führt. Übergewinne stehen damit keinesfalls im Widerspruch zu einem funktionierenden Wettbewerb. Der vorliegende Beitrag untersucht auf Basis von Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen die Entwicklung von Gesamtkapitalrenditen im zeitlichen Verlauf. Es soll untersucht werden, ob der von Schumpeter vermutete Anpassungsprozeß, der über- und unterdurchschnittliche Gewinne hin zu einem langfristigen Niveau angleicht, bestätigt werden kann und wie schnell ein derartiger Anpassungsprozeß abläuft. Für die mittleren Branchenrenditen des Produzierenden Gewerbes

ist eine Konvergenz hin zu einem langfristigen Niveau festzustellen. Innerhalb dieses Prozesses werden im Mittel 40% der Abweichung vom langfristigen Niveau innerhalb eines Jahres abgeschmolzen. Bei der Betrachtung der Unternehmensrenditen konnten jedoch langfristig Unterschiede nachgewiesen werden. Für Unternehmen war die Anpassungsrate mit 50% im Vergleich zu den Branchenwerten deutlich höher. Bei der Betrachtung des Zusammenhanges zwischen der Anpassungsrate und dem langfristigen Renditeniveau

auf Unternehmensebene zeigt sich, daß Unternehmen, die überdurchschnittlich starken Wettbewerbskräften ausgesetzt sind, ein höheres langfristiges Renditeniveau aufweisen als andere. Agieren Unternehmen in Märkten mit einem hohen Wettbewerbsdruck, erzielen sie keineswegs unter-, sondern vielmehr langfristig deutlich überdurchschnittlichen Renditen.

Olaf Neubert (Seite 143)

Fiskalische Einsparpotentiale einer Kreisstrukturreform in Sachsen-Anhalt

– Kurzfassung –

Die öffentlichen Haushalte der neuen Länder stehen angesichts der absehbaren demographischen und finanzpolitischen Entwicklungen unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Dies gilt insbesondere für Sachsen-Anhalt und hier wiederum vor allem für die Kommunen. So betrug im Jahr 2003 das kommunale (Kreise und Gemeinden) Ausgabenniveau (laufender Sachaufwand und Personalausgaben) in Sachsen-Anhalt 1 015 Euro je Einwohner und lag damit deutlich über dem der anderen ostdeutschen Bundesländer.

Die Notwendigkeit von Einsparungen in diesem Bereich steht außer Frage. Dabei wird neben Einsparmöglichkeiten durch effizienten Einsatz öffentlicher Mittel auch über die Potentiale von Kreisstrukturereformen nachgedacht.

Mit dem Gesetz vom 11.11.2005 wurde bereits in der letzten Legislaturperiode durch die damalige CDU/FDP-Regierung die Zusammenlegung der aktuellen 24 Kreise zu elf Neukreisen festgeschrieben. Die SPD – als damalige Oppositionspartei – unterbreitete ihrerseits einen weiterge-

henden Vorschlag, der die Konzentration zu fünf Kreisen vorsieht.

Der hier vorliegende Beitrag beinhaltet eine Abschätzung der fiskalischen Einsparpotentiale beider Vorschläge. Hierzu wird anhand einer Benchmarkanalyse das (langfristig erreichbare) Ausgabenniveau der sachsen-anhaltischen Kreise in einem ersten Schritt im Rahmen der bestehenden Kreisstruktur ermittelt. Im Anschluß daran ergibt sich durch Gegenüberstellung mit dem erwarteten Ausgabenniveau bei einer reformierten Kreisstruktur der auf die jeweiligen Kreisstrukturereform zurückzuführende Einspareffekt. Im Ergebnis der Analyse zeigt sich, daß

- der Vorschlag der SPD zur Kreisstrukturereform deutlich höhere Einspareffekte erwarten läßt als der Vorschlag der damaligen CDU/FDP-Regierung,
- der bereits durchgeführten unterkreislichen Verwaltungsreform eine starke Bedeutung beizumessen ist.

Simone Scharfe (Seite 151)

Netzinvestitionen und Regulierungsandrohung: Vermeidung der Monopolbildung oder des Infrastrukturausbaus?

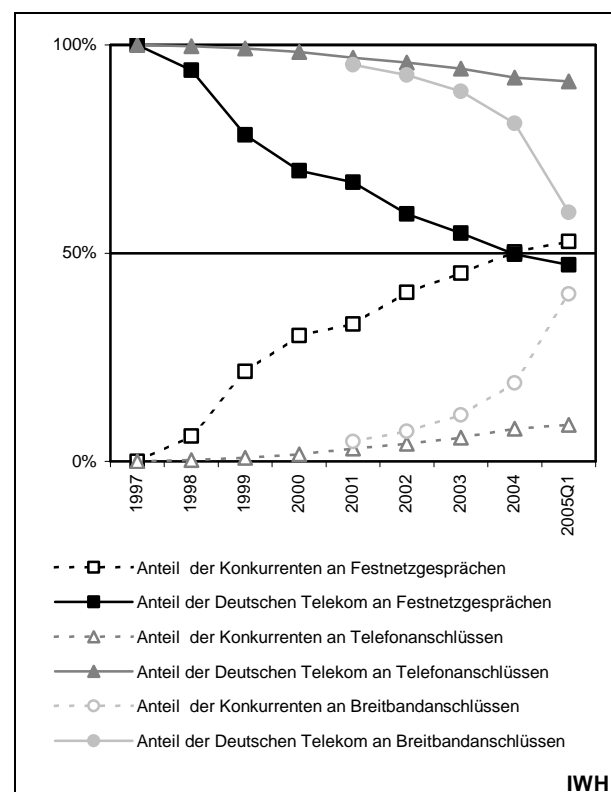
Seit der Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsmarktes 1998 ist die Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation (RegTP, seit 2005 Bundesnetzagentur) für dessen Regulierung zuständig.¹ Diese Regulierung ermöglicht zum einen anderen Anbietern den Zugang zum Netz der Deutschen Telekom, die die Deutsche Telekom dafür mit von der Bundesnetzagentur bestimmten Zusammenschaltungsentgelten entschädigen. Zum anderen mußten Preisänderungen des ehemaligen Monopolisten von der Regulierungsbehörde genehmigt werden. Der Telekom wurden dabei nur moderate Preissenkungen erlaubt, so daß ihre Preise höher waren als die der neuen, in den Markt drängenden Konkurrenten. Die Wirkungen der Liberalisierung und Regulierung lassen sich unter anderem in der Entwicklung der Marktanteile ablesen (vgl. Abbildung 1).

So sank bis zum ersten Quartal 2005 der Anteil der Deutschen Telekom an den gesamten Festnetzgesprächen auf 47% und an den Breitbandanschlüssen auf 60%. Lediglich bei den Festnetzanschlüssen konnte die Telekom einen relativ hohen Marktanteil von 91% behaupten. Der stark gewachsene Anteil der neuen Anbieter wurde unter anderem durch die Zugangsregulierung, die es Anbietern erlaubt, Vorleistungen der Telekom zu regulierten Preisen zu kaufen und unter eigenen Namen zu vermarkten, ermöglicht. Das Erstarken der Konkurrenten auf dem Breitbandmarkt ist teilweise durch den Aufbau eigener Infrastruktur, aber auch durch den regulierten Zugang zur bisherigen Breitbandinfrastruktur der Telekom ermöglicht worden. Ein weiterer Effekt der Liberalisierung neben den gestiegenen Marktanteilen der Konkurrenten sind die deutlich gesunkenen Preise für Telekommunikationsdienste.

Der Abbildung 2 ist zu entnehmen, daß die Preisindizes für den Telekommunikationsmarkt in der Regel stark gefallen sind. So sank etwa der Index für Festnetzverbindungen von Januar 1995 bis März 2006 um 47% und der Index für Internetnut-

zung von Januar 2000 bis März 2006 um 51%. Lediglich der Preisindex für die Grundgebühr – im Bereich der Anschlüsse hat die Telekom noch eine dominierende Marktstellung – stieg von Januar 1995 bis März 2006 um 29%. Unter dem Strich sank der Index für den gesamten Telekommunikationsmarkt von Januar 1995 bis März 2006 um 31%.

Abbildung 1:
Marktanteile der Deutschen Telekom und ihrer Konkurrenten 1997-2005



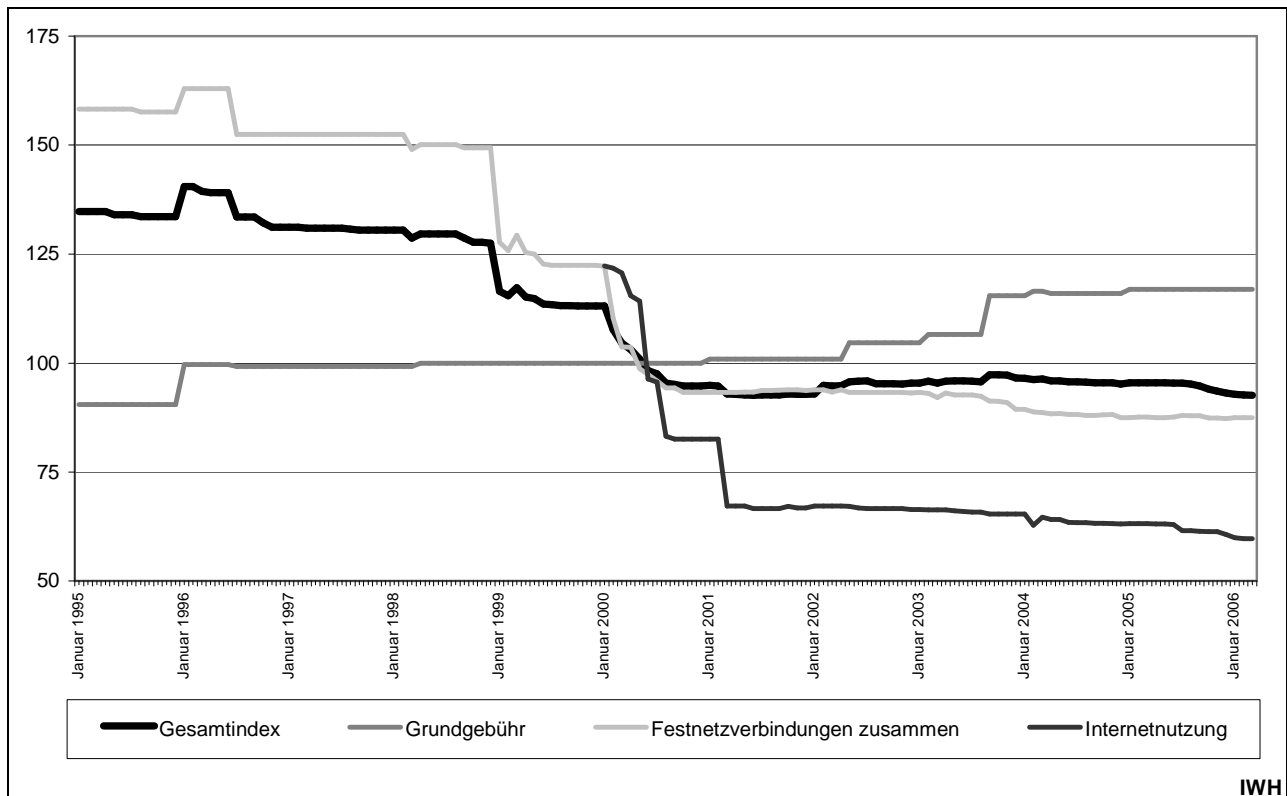
Quellen: Bundesnetzagentur „Jahresbericht 2005“, <http://www.bundesnetzagentur.de/media/archive/5278.pdf> (7.02.2006); Darstellung des IWH.

Die gleichzeitige Regulierung sowohl des Netzzugangs als auch der Endverbraucherpreise bewirkte allerdings, daß der Aufbau einer alternativen Infrastruktur vergleichsweise unrentabel für neue Marktteilnehmer war und deswegen nur eingeschränkt stattfand.² Die Regulierung verhinderte

¹ Zur Notwendigkeit der Regulierung liberalisierter Netzindustrien vgl. Kasten.

² Dies bezieht sich auf internetfähige Fernsehkabel oder 'Powerline' Technologien, die von Elektrizitätsunternehmen zu Verfügung gestellt werden – beide haben direkten Zugang zu potentiellen Konsumenten.

Abbildung 2:
Entwicklung ausgewählter Preisindizes im Telekommunikationsmarkt, Januar 1995 bis März 2006
- Index 100 im Jahr 2000 -



Quellen: Genesis Online (Statistisches Bundesamt); Darstellung des IWH.

außerdem, daß die Deutsche Telekom stärker in neue Infrastruktur (z. B. Glasfasernetz) investierte und Deutschland bei der Breitbandverbreitung im europäischen Vergleich im Jahr 2005 mit einer Breitbandpenetration von 10,2 Anschlüssen pro 100 Einwohner nur einen mittleren Rang einnimmt.³ Dennoch kann im allgemeinen die Öffnung des deutschen Telekommunikationsmarktes und die Privatisierung des ehemaligen Monopolisten als Erfolg gewertet werden. Dies ist auf die in den wesentlichen Aspekten positiv zu bewertende Arbeit der Bundesnetzagentur, mithin die Regulierung zurückzuführen.

Aufbau des neuen Glasfasernetzes droht an Regulierung zu scheitern

Im Sommer 2005 gab die Deutsche Telekom ihre Planungen für den Aufbau eines neuen Glasfasernetzes bekannt. Sie stellte allerdings zur Bedin-

gung, daß dieses Netz weder preislich reguliert noch für andere Anbieter durch staatlichen Eingriff geöffnet werden sollte.

Die Bundesnetzagentur kündigte an, daß sie dem Druck der Telekom nicht nachgeben werde. Sie schlug vor, daß die Telekom sich mit ihren Konkurrenten, zumeist Internet-Service-Providern (ISP), über Regeln, die den Zugang zu dieser neuen Infrastruktur steuern, und Zugangspreise verständigt. Die Telekom wies diesen Vorstoß mit dem Verweis auf die hohen, irreversiblen Netzinvestitionen und dem damit verbundenen, von der Telekom allein getragenen Risiko zurück. Außerdem drohte sie, daß sie ihre Investitionen in anderen Ländern tätigte, sofern die neue, technologisch führende Infrastruktur nicht von der Regulierung ausgeschlossen würde.

Daraufhin sah sich die Bundesnetzagentur einer schwierigen Situation gegenüber: Der Telekom ihren Alleingang zu gestatten, würde zum Ende der traditionellen Zugangsregulierung der Telekommunikation in Deutschland führen. Andererseits würde bei einer Entscheidung für eine Regulierung die In-

³ Zum Vergleich: Der EU-Durchschnitt beträgt 10,6. Spitzenreiter bei der Breitbandpenetration sind Dänemark mit 22 und die Niederlande mit 22,4 Anschlüssen pro 100 Einwohnern, vgl. EUROSTAT.

Kasten:

Privatisierung und Regulierung waren gleichzeitig notwendig

Die Liberalisierung eines Telekommunikationsmarktes kommt nicht ohne Regulierung aus. Dies begründet sich vor allem darin, daß zumindest Teile der Netzinfrastruktur im Telekommunikationssektor ein natürliches Monopol darstellt. Dieses ist dann gegeben, wenn die Kosten eines zusätzlichen Kunden/ Gespräches geringer sind als die Durchschnittskosten der bisherigen Kunden/Gespräche (subadditive Kostenfunktion). In einer solchen Situation kann die Bereitstellung des Gutes durch ein einziges Unternehmen volkswirtschaftlich sinnvoller sein als dessen Angebot auf einem wettbewerblichen Markt. Ein Monopol ist dann theoretisch in der Lage, dieses Gut zu einem geringeren Ressourceneinsatz anzubieten als der Wettbewerb. Allerdings können diese Effizienzvorteile aufgehoben werden durch eine künstliche Verknappung des Angebotes zur Steigerung des Gewinns des Monopolisten. Staatliche Monopole haben zwar selten Gewinnmaximierung als Ziel, der fehlende Wettbewerbsdruck bedingt aber eine ineffiziente Herstellung (sogenannte X-Ineffizienz). Um die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt zu erhöhen, ist deswegen eine Liberalisierung, Privatisierung und Restrukturierung staatlich monopolisierter Märkte aus drei Gründen notwendig. Erstens führt ein Monopol zu einer Angebotsverknappung aufgrund monopolistischer Preise (allokative Ineffizienz). Zweitens zeigen staatliche Unternehmen häufig ineffiziente Ressourcennutzung, da sie nicht nach dem Gewinnmaximierungskalkül geführt werden. Und drittens bilden selten die gesamten Wertschöpfungsketten eines Sektors, sondern vielmehr nur einzelne Teile ein natürliches Monopol. Bei der Telekommunikation ist davon auszugehen, daß zwar der lokale Netzbereich durchaus ein natürliches Monopol ist, überörtliche Verbindungen aber zum Beispiel durchaus effizient wettbewerblich organisiert werden können.^a

Eine effiziente Liberalisierung und Privatisierung kann aber nur mit einer gleichzeitigen Regulierung erfolgen. Ohne diese Regulierung besteht die Gefahr, daß das ehemalige staatliche Monopol dann als privates Monopol weiterbesteht, das ebenfalls keine effiziente Bereitstellung des Gutes gewährleistet. Ziele dieser Regulierung sollten sein:^b

- Verhinderung von Monopolrenten (allokative Effizienz),
- Anreize schaffen für effiziente Produktion bei dem Netzeigentümer (produktive Effizienz),
- Anreize schaffen für optimale Investitions- bzw. Konsumtionsentscheidungen der Betreiber bzw. Verbraucher (dynamische Effizienz),
- Minimierung der Regulierungskosten (Transaktionskosteneffizienz),
- Minimierung der Fehlanreize wie Lobbying (politische Effizienz).

Neben der Option des direkten Eingreifens durch Endverbraucherpreissetzung oder Netzzugangsregulierung gibt es auch die Möglichkeit der Regulierungsandrohung. Bei der sogenannten Light-Handed Regulation wird den Wettbewerbsteilnehmern die Chance gelassen, sich ohne direkte Regulierung zu einigen. Erst wenn die Verhandlungen fehlschlagen, wird das marktbeherrschende Unternehmen reguliert. Eine glaubhafte und anreizadäquate Regulierungsandrohung wirkt dabei schon derart auf die Marktteilnehmer, daß ein tatsächlicher Regulierungseingriff keine weitere Effizienzverbesserung mehr ermöglicht.

^a Vgl. Immenga, U. et al.: Telekommunikation im Wettbewerb: Eine ordnungspolitische Konzeption nach erfolgreicher Marktöffnung, Beck, München 2001. – ^b Vgl. Haucap, J.; Heimeshoff, U.; Uhde, A.: Credible Threats as an Instrument of Regulation for Network Industries, erscheint in: Welfens, P.: Regulatory Changes, Innovations and Investment Dynamics in the Digital World Economy. Springer: Berlin 2006, <http://ssrn.com/abstract=890107>.

frastruktur eventuell nicht gebaut werden. Nach dem Einschreiten der Regierung zugunsten der Deutschen Telekom und dem Festschreiben der Sonderbehandlung im Koalitionsvertrag – die neue Große Koalition entschied, daß das neue Glasfasernetz von der Preisregulierung ausgeschlossen und ein entsprechender Passus im Telekommunikationsgesetz verankert werden sollte – beschloß die Bundesnetzagentur, eine techno-ökonomische Sichtweise anzuwenden. Das neue Breitbandnetz solle

dann von der Regulierung entbunden werden, wenn es ausreichend technologische Impulse entwickeln würde, um als eine fortgeschrittene Infrastruktur und somit einen neuen Markt mit eher innovativen als substitutiven Produkten definiert zu werden.

Regulierung und Markteffizienz

Neben der Frage, ob die Drohung der Telekom glaubhaft ist, sieht sich die Bundesnetzagentur mit

dem Problem des optimalen Maßes der Regulierung konfrontiert (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:
Fehler 1. und 2. Art der Regulierung

		Regulierung ist notwendig?	
		Ja	Nein
Bundesnetzagentur reguliert?	Ja	Notwendige Regulierung wird vollzogen	Überregulierung (Fehler 1. Art)
	Nein	Unterregulierung (Fehler 2. Art)	Nicht notwendige Regulierung wird unterlassen

Quelle: Darstellung des IWH.

Wird ein Bereich reguliert, der – vom volkswirtschaftlichen Standpunkt her – unreguliert bleiben sollte, würde eine Überregulierung (Fehler 1. Art) Investitionen verhindern und somit eventuell wohlfahrtsmindernd wirken. Wird jedoch ein Bereich nicht reguliert, in dem eine Regulierung notwendig wäre, würde eine Unterregulierung (Fehler 2. Art) den Wettbewerb hemmen und die Ausnutzung von Marktmacht fördern.

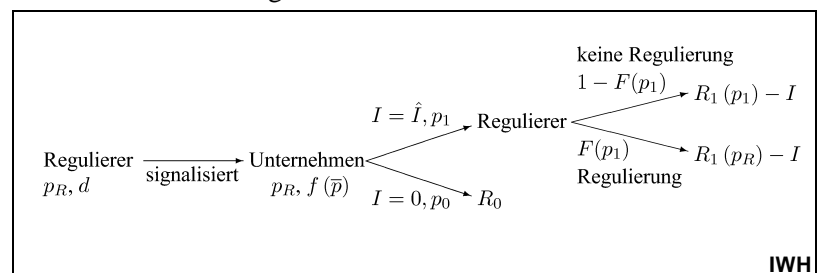
Die Bundesnetzagentur hat von Anfang an eine Strategie der Stärkung des Wettbewerbs verfolgt. Der Wissenschaftliche Arbeitskreis für Regulierungsfragen (WAR) bei der Bundesnetzagentur hat in einer Stellungnahme⁴ wiederholt den funktionierenden Wettbewerb als wichtigste Voraussetzung für eine zügige Diffusion von Breitbandzugängen genannt. Neben der Freiheit, alternative Netze zu legen, war die Zugangsfreiheit zum bestehenden Netz der Telekom zu einem kostendeckenden Preis grundlegendste Forderung des WAR. Zusätzlich wurde die Befürchtung geäußert, daß die Telekom über eine aggressive Preissetzung Wettbewerb verhindern könnte. Deswegen unterliegt die Deutsche Telekom bis heute einer intensiven ex-ante Regulierung und hat Preisänderungen (ihrer Endprodukte und hinsichtlich des Zu-

gangs zu ihren Netzen) von der Bundesnetzagentur genehmigen zu lassen.

Glaubhafte und maßvolle Regulierungsandrohung wirkt investitionssteigernd

Ist eine solche umfassende Regulierung in der deutschen Telekommunikation auch für neue Investitionen ökonomisch erforderlich oder begeht die Bundesnetzagentur eventuell einen Fehler 2. Art? Zur Beantwortung dieser Frage wird in einem spieltheoretischen Modell⁵ die Anreiz- bzw. Entscheidungssituation des Regulierers und eines von der Regulierung bedrohten Unternehmens, das eine Investition in eine neue Infrastruktur plant, analysiert. Der Regulierer kann hier bei einer Intervention den Marktpreis (den sogenannten Regulierungspreis) festlegen. Aus den verfügbaren Informationen über das Unternehmen, die geplante Investition und die Marktgröße wird der Regulierungspreis p_R mit einer Toleranz d gebildet (vgl. Abbildung 3). Der Regulierungspreis soll dabei gerade die gesamten Investitionskosten decken.

Abbildung 3:
Zeitliche Entscheidungsstruktur des Modells



Quelle: Darstellung des IWH.

Die Abbildung 3 zeigt weiterhin die Optionen der Akteure und den zeitlichen Verlauf der Entscheidungen. Das Unternehmen erfährt vor der Investition nur den Regulierungspreis und erhält (im-)perfekte Signale über die Toleranz des Regulierers, die in einer Funktion $F(p_1)$ über die Wahrscheinlichkeit der Regulierung in Abhängigkeit des gesetzten Preises p_1 mündet. Die wahre Toleranzgrenze (der sogenannte Interventionspreis, ab

⁴ Vgl. Wissenschaftlicher Arbeitskreis für Regulierungsfragen (WAR) der Bundesnetzagentur „Stellungnahme zum Projekt Glasfaserausbau des Zugangsnetzes der Deutschen Telekom AG“, <http://www.bundesnetzagentur.de/media/archive/4481.pdf> (14.12.2005).

⁵ Vgl. BLUM, U.; GROWITSCH, C.; KRAP, N.: Network investment and the threat of regulation – preventing monopoly exploitation or infrastructure construction? IWH-Diskussionspapiere 7/2006.

dem der Regulierer eingreift) kann dem Unternehmen verheimlicht werden.

Dieses Signalisieren der Toleranz befähigt den Regulierer dazu, die wahren Kosten des Unternehmens aufzudecken. Wenn die Regulierungsbehörde den Interventionspreis perfekt signalisierte, würde der Marktführer genau diesen Preis setzen oder im Fall eines ungünstig niedrigen erwarteten Interventionspreises die Investition nicht tätigen. Ohne perfekte Bekanntgabe (imperfektes Signal) wird das Unternehmen, wenn es investiert,

- entweder einen Preis über dem Interventionspreis setzen, so daß die Behörde den Regulierungspreis setzt;
- oder aufgrund einer wirksamen Regulierungsandrohung zu einem Preis unterhalb des Interventionspreises anbieten.

In beiden Fällen ist der resultierende Preis niedriger als der Interventionspreis und deswegen wohlfahrtssteigernd.

Investiert das Unternehmen ($I = \hat{I}$), entscheidet der Regulierer darüber, ob der gesetzte Preis p_1 eine Regulierung notwendig macht. Bei einer Regulierung, die für das Unternehmen die Wahrscheinlichkeit $F(p_1)$ hat, interveniert der Regulierer und gestattet dem Unternehmen lediglich den Regulierungspreis p_R , es erzielt somit Einnahmen in Höhe von $R_1(p_R) - \hat{I}$. Liegt der vom Unternehmen gesetzte Preis aber innerhalb der Toleranz, die vom Unternehmen wahrgenommene Wahrscheinlichkeit dafür beträgt $1 - F(p_1)$, so hat das Unternehmen Einnahmen in Höhe von $R_1(p_1) - \hat{I}$, dem Betrage nach höher als nach einem Eingriff des Regulierers.

Entschließt sich das Unternehmen nach Empfang der Signale allerdings nicht zu investieren ($I = 0$), so erhält es Einnahmen in Höhe von R_0 , indem es mit dem bestehenden Netz auf dem Markt agiert.⁶

Zentrales Ergebnis dieses Modells ist, daß der optimale Preis des Unternehmens bei Investition niedriger ausfällt als der erwartete Interventionspreis. Erwartungsgemäß liegt dieser optimale Preis bei Regulierungsandrohung unter demjenigen Preis, der den Gewinn eines Monopolisten bei fehlender

Regulierung maximiert (Cournotpreis). Der optimale Preis des Unternehmens (und damit sein Gewinn) steigt dabei in diesem Modell mit zunehmendem Regulierungspreis und zunehmender Toleranz.

Für eine Regulierungsbehörde mit dem Ziel einer hohen Investitionstätigkeit bedeuten diese Ergebnisse, daß mit steigender Unsicherheit über die tatsächlichen Kosten- und Ertragsersparungen der Investition sie entweder ein Signal höherer Preisregulierung oder höherer Toleranz gegenüber der Abweichung von diesem Preis geben sollte. Auf der anderen Seite kann die Toleranz mit zunehmendem Grad der Information der Regulierungsbehörde sinken und somit der Regulierungspreis näher an den Preis, zu dem sich die Investition gerade amortisiert, gesetzt werden.

Eine glaubhafte und gezielte Regulierungsandrohung kann nach diesem Modell eine tatsächliche Regulierung ersetzen. Es bleibt allerdings festzuhalten, daß der durch den Investor gesetzte Preis in den meisten Fällen nicht dem volkswirtschaftlich optimalen Preis entspricht. Letztendlich gilt hier – analog zur Situation bei Patenten zum Schutz von Innovationen – zwischen der Investition mit verbundener (eingeschränkter) Ausnutzung von Marktmacht und der Nichtinvestition politisch und ökonomisch abzuwägen. Einschränkend sei außerdem erwähnt, daß auch die Möglichkeit besteht, daß die Regulierungsandrohung die Investition verhindert, wenn die Regulierungsbehörde die notwendigen Investitionen unter- und/oder die zukünftigen Erträge und Chancen überschätzt, und damit einen nicht kostendeckenden Regulierungspreis festlegt bzw. eine zu geringe Toleranz signalisiert.

Fazit: Demut tut allen gut

Die Bundesnetzagentur stünde einem Zielkonflikt gegenüber, wenn die Deutsche Telekom plante, in eine neue wohlfahrtsfördernde Infrastruktur zu investieren. Auf der einen Seite ist es Aufgabe und Ziel der Behörde, eine Marktmacherweiterung zu antizipieren; auf der anderen Seite muß sie in Betracht ziehen, daß die Androhung einer Intervention die Investition verhindern kann. Spieltheoretisch läßt sich zeigen, daß die Bundesnetzagentur mit steigender Unsicherheit über die erwarteten Kosten und Erträge der Investition eine zunehmende Toleranz gegenüber Abweichungen von ei-

⁶ Die Bereitstellung des Gutes verursacht in diesem Modell neben den Investitionskosten keine weiteren Kosten.

nem von ihr selbst ermittelten und festgelegten Regulierungspreis signalisieren sollte. Dies führt zu einem Anstieg des Interventionspreises und damit zu einer Zunahme des erwarteten Gewinns der Deutschen Telekom bei Investition. Nichtsdestotrotz sollte allein die Bedrohung durch eine regulierende Intervention zu tolerierbaren Preisen führen, ohne daß eine tatsächliche Preisregulierung vorgenommen werden muß. Bei einer gegebenen entsprechenden Beschränkung des Mißbrauchs von Marktmacht kann die ex-ante Tolerierung etwaiger Übergewinne, aus einer wohlfahrtsökonomischen Perspektive heraus, gegenüber der Verhinderung einer Investition vorgezogen werden. Zukünftig sollte die Bundesnetzagentur allerdings Informationsasymmetrien reduzieren und das optimale Niveau

an Toleranz vermindern, um zu einem präziseren Interventionspreis und einer effektiveren Regulierungsandrohung zu kommen. Die Wirksamkeit einer solchen Regulierungsandrohung läßt allerdings deutlich nach, wenn der Gesetzgeber den Regulierer per Gesetz juristisch oder faktisch von der Nutzung dieses Instrumentes ausschließt. Vor diesem Hintergrund geht der jüngst verfaßte Beschluß der Bundesregierung vom 17. Mai 2006 zur Novelle des Telekommunikationsgesetzes ökonomisch in die richtige Richtung, wird aber in der tatsächlichen Rechtspraxis seine Anreizkompatibilität beweisen müssen.

Christian.Growitsch@iwh-halle.de
Niels.Krap@iwh-halle.de

Langfristige Entwicklung der Gesamtkapitalrenditen – eine empirische Panelanalyse –

Es gibt in der Literatur zwei Auffassungen zum Wettbewerb. Die erste betrachtet Wettbewerb als ein Verfahren zur optimalen Allokation von Ressourcen. Der Preismechanismus dient dazu, dieses Ziel zu erreichen. Er gewährleistet bei voller Wirkung ein Gleichgewicht, bei dem die Preise den marginalen Wohlfahrtskosten der Produktion entsprechen. Entsteht durch Versagen des Preismechanismus ein Gleichgewicht mit Preisen über den marginalen Kosten, so ergibt sich ein Wohlfahrtsverlust durch einen zu geringen Konsum dieser entsprechenden Güter. Derartiges Versagen wird in der Regel auf eine unzureichende Anzahl von Käufern oder Verkäufern zurückgeführt. Damit kann in der ersten Auffassung Wettbewerb als ein Prozeß verstanden werden, um Preise und Mengen so festzusetzen, daß eine Allokation der Ressourcen entsprechend den Marktgegebenheiten sowie technologischen Möglichkeiten erreicht wird. Im Idealfall wird mit Wettbewerb ein Preissystem erreicht, das eine sogenannte pareto-optimale Verteilung der Güter in einer Volkswirtschaft bewirkt. Derartige Gleichgewichte sind nur bei der Abwesenheit monopolistischer Elemente zu erwarten.

Die zweite Auffassung betrachtet Wettbewerb als einen dynamischen Prozeß der Entstehung von neuen Produkten und Prozessen. Das Gleichge-

wichtskonzept spielt hier keine wesentliche Rolle. Von Interesse sind dabei nicht die Konstellation von Preisen und die Allokation von Ressourcen zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern deren Entwicklung im Zeitverlauf. Die Vorstellung entspricht eher einem System im Fluß, mit ständigen, sich im Zeitverlauf entwickelnden Ungleichgewichten, als einem System im Gleichgewichtszustand zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Die erste Auffassung von Wettbewerb ist die, auf der die meisten ökonomischen Analysen und Modelle aufbauen und die in weiten Teilen der breiten ökonomischen Lehre und Forschung vorherrschend ist. Innovationen und externe Schocks stören das unterstellte Gleichgewicht des statischen Ansatz. Eine empirische Untersuchung des Wettbewerbsprozesses kann daher nur auf einem dynamische Wettbewerbsmodell basieren.

Das dynamische Wettbewerbsmodell

Die zweite Auffassung des Wettbewerbsprozesses geht auf Joseph Schumpeter⁷ zurück. Das wesentliche Merkmal von Schumpeters Beschreibung des

⁷ SCHUMPETER, J. A.: *The Theory of Economic Development*. Harvard University Press: Cambridge, MA 1934. – SCHUMPETER, J. A.: *Capitalism, Socialism and Democracy*, 3rd ed. Harper and Row: New York 1950.

kapitalistischen Prozesses ist dessen dynamische Natur. Der Musterunternehmer führt Innovationen – beispielsweise durch neue Produkte, neue Produktionsprozesse, neue Vertriebsstechniken oder neue Organisationsstrukturen – ein, mit denen er einen zeitlich befristeten Vorteil gegenüber seinen Wettbewerbern erzielt. Diese vorübergehenden Monopole erzeugen Innovationsgewinne, die wiederum ein Anreiz für Imitatoren sind, um sich der Entwicklung anzuschließen. Damit verringern sich diese Gewinne wieder. Der „Prozeß der kreativen Zerstörung“ geht weiter: Innovationen erzeugen Monopole, Monopole erzeugen Gewinne und Gewinne ziehen Imitatoren solange an, bis sich die Gewinnrate wieder normalisiert hat. Am Ende kann dann wieder ein neuer Zyklus beginnen.

Dieses Schumpetersche Bild des Wettbewerbsprozesses liegt vielen ökonomischen Argumenten zugrunde, beispielsweise in der Begründung, warum unregulierte Märkte regulierten oder auch marktwirtschaftliche Institutionen planwirtschaftlichen vorzuziehen sind. Trotzdem hatte diese Perspektive nur sehr geringen Einfluß auf die Entwicklung formaler ökonomischer Theorien über Marktverhalten. Anfängliche Anstrengungen dies zu ändern, führten nicht zu den notwendigen Folgewirkungen. Eine zumindest indirekte Anlehnung kann der Theorie der bestreitbaren Märkte von Baumol, Panzar und Willig⁸ unterstellt werden. Markteintritt und -austritt sind die Kernstücke von Schumpeters „Prozeß der kreativen Zerstörung“, so wie auch die Bedingungen für Markteintritt und -austritt eine zentrale Rolle für die sogenannte Bestreitbarkeit von Märkten spielen. Aber im Gegensatz zu Schumpeters dynamischer Beschreibung des Wettbewerbsprozesses, ist die Theorie der bestreitbaren Märkte vollständig statisch. Sie stellt eine Beziehung zwischen den Bedingungen des Eintritts und der Höhe von Gewinnen im Gleichgewicht her, der dynamische Prozeß hin zum Gleichgewicht wird aber nicht thematisiert. Empirische Untersuchungen zur Theorie der bestreitbaren Märkte sind gegenüber anderen industrieökonomischen Untersuchungen über

die Beziehung zwischen Rentabilität und Marktstrukturen im Querschnittsdesign angelegt.

Die wohl wichtigste direkte Umsetzung des dynamischen Wettbewerbsmodells stellt das Evolutorische Modell von Nelson und Winter⁹ dar. Die Autoren verfolgen die Evolution von Unternehmen und Branchen über die Zeit mit Hilfe von Simulationstechniken. Die Ergebnisse, die ein reichhaltiges Mosaik der Entwicklung marktwirtschaftlicher Ökonomien zeichnen, stehen im Einklang mit der tatsächlichen Wahrnehmung der Wettbewerbsprozesse. Es wird aber kein formaler empirischer Test des Schumpeterschen Ansatzes gegenüber eines beispielsweise neoklassischen Modells begründet. Die Ergebnisse beleben vielmehr die Frage, wie ein Schumpetersches Modell zu testen ist, als daß sie sie beantworten können.

Ein derartiger Test muß mindestens zwei Elemente haben. Als erstes muß eine Untersuchung auf Ebene der Branche zeigen, ob sich Innovations-Imitations-Reife Zyklen in dem von Schumpeter vorgezeichneten Muster finden lassen. Als zweites muß eine Untersuchung der Entwicklung der Rentabilität von Unternehmen und Branchen zeigen, ob der Prozeß des dynamischen Wettbewerbs tatsächlich überdurchschnittliche Gewinne im Zeitverlauf erodieren läßt.

Einzelstudien über Produkt und Industrie-Lebenszyklen scheinen die von Schumpeter beschriebene Evolution von Branchen zu stützen. Beginnende Innovatoren werden von einer Vielzahl von Imitatoren „verfolgt“, was wiederum zu einer Abschwächungsphase in der Entwicklung der Branche führt. Obwohl das allgemeine Muster dem Schumpeterschen Bild der Branchendynamik entspricht, scheinen sich Branchenlebenszyklen mit erheblich variierenden Geschwindigkeiten zu entwickeln. Außerdem konnten existierende Ausnahmen festgestellt werden.

Die bisherigen Untersuchungen haben auch nicht den Erfolg für innovierende und imitierende Unternehmen untersucht. Tatsächlich ist im allgemeinen immer noch relativ wenig über das intertemporale Muster von Rentabilität auf Unternehmens- und Branchenebene bekannt.

⁸ BAUMOL, W. J.; PANZAR, R. D.; WILLIG, J. C.: Contestable Markets and the Theory of Industry Structure. American Enterprise Institute for Public Policy Research: San Diego, CA 1982.

⁹ NELSON, R. R.; WINTER, S. G.: An Evolutionary Theory of Economic Change, Harvard University Press: Cambridge, MA 1982.

Wie kann die Intensität des Wettbewerbs gemessen werden?

Neben der Betrachtung von Renditeunterschieden an sich, soll der Schwerpunkt auf deren Entwicklung im zeitlichen Verlauf liegen. Diese Betrachtung soll sowohl für Branchenmittelwerte als auch für einzelne Unternehmen durchgeführt werden.

Für die Untersuchung des von Schumpeter vermuteten Anpassungsprozesses der über- und unterdurchschnittlichen Gewinne stellen sich die folgenden drei Fragen:

1. Gibt es eine dauerhafte Renditekomponente, die auch langfristig nicht durch Wettbewerb eliminiert wird?
2. Mit welcher Schnelligkeit läuft ein möglicher Anpassungsprozeß der kurzfristigen Renditekomponenten hin zu einem langfristigen Niveau ab?
3. In welchem Zusammenhang stehen dauerhafte Renditekomponenten zu der Geschwindigkeit des Anpassungsprozesses temporärer Renditekomponenten?

Unter den empirischen Modellen zur zeitliche Entwicklung der Renditeunterschiede wurde das Modell der Partiellen Adjustierung (PA-Modell) ausgewählt.¹⁰ In dieses Modell wird der Wettbewerbsprozeß an sich als latenter Zusammenhang integriert, das heißt, es ist nicht notwendig, ihn direkt in einem strukturellen Modell zu spezifizieren. Diese Art der Modellierung kann so auch unbeobachtbare Effekte einschließen. Der Ansatz ist damit strukturellen Modellen des Markteintritts konzeptionell überlegen, da bei diesen nur der tatsächlichen Markteintritt erfaßt werden kann.

Empirische Datenbasis

Als Datenbasis dient die Unternehmensbilanzdatenbank DAFNE der Creditreform gewählt. Die Daten werden im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Creditreform als Wirtschaftsauskunftei erhoben.

¹⁰ Alternative Modelle sind beispielsweise Verteilungsparameter (Standardabweichung), Autokorrelation, Übergangswahrscheinlichkeiten und das Modell der Polynomen Konvergenz. Beschreibung der Modell siehe NEUBERT, O.: Stabile Dynamik im Wettbewerb – Eine empirische Untersuchung vor dem Hintergrund alternativer Panelverfahren, Kapitel 2. TU Dresden 2003.

Die DAFNE-Datenbank stellt sowohl von der Anzahl der erfaßten deutschen Unternehmen als auch mit dem verfügbaren Zeitraum von zehn Jahren eine solide empirische Grundlage dar. Sie umfaßt neben standardisierten Jahresabschlußpositionen betriebswirtschaftliche Kennzahlen der größten deutschen Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Einschränkend muß jedoch festgestellt werden, daß für viele Unternehmen nicht alle veröffentlichten Daten in der Datenbank verfügbar sind.¹¹

Der vorliegende Datensatz der DAFNE-Datenbank entspricht dem Paneldesign. Die einzelnen Jahresabschlüsse sind mit den Unternehmensangaben verknüpft und diese enthalten Angaben zur Branchenzuordnung des Unternehmens.

Da die Erhebung der Creditreform keinem repräsentativen Ansatz folgt, ist eine Verzerrung bezüglich der Auswahl der Unternehmen durch die Creditreform wahrscheinlich.¹² Demgegenüber steht aber der Vorteil, daß der Datensatz im Gegensatz zu vielen anderen Untersuchungen nicht nur Angaben großer börsennotierter Unternehmen, sondern auch vieler mittelständischer Unternehmen umfaßt. Eine direkte Kennzeichnung insolventer Unternehmen ist nicht verfügbar. Es kann daher nicht differenziert werden, ob ein Unternehmen wegen Insolvenz oder Geschäftsaufgabe aus dem Markt ausgeschieden ist, oder ob die Erfassung aus anderen Gründen nicht erfolgte.

Aus der Gesamtheit der Jahresabschlüsse der DAFNE-Datenbank wurde eine Auswahl nach den folgenden Merkmalen getroffen. Die Unternehmen mußten ihren primären Tätigkeitsbereich im Produzierenden Gewerbe haben und einen Jahresumsatz von mindestens 1 Mio. Euro aufweisen.¹³ Für

¹¹ In der Version 45 vom Mai 2002 waren nach offiziellen Angaben der Creditreform 70 965 Jahresabschlüsse von 22 469 Unternehmen erfaßt. Dies entspricht ca. 3,6 Bilanzen pro Unternehmen.

¹² Die gesetzlichen Veröffentlichungspflichten wirken sich auf der anderen Seite positiv auf die prinzipielle Verfügbarkeit der notwendigen Information aus. Diese ergeben sich aus dem HGB und beinhalten eine Hinterlegungspflicht der Jahresabschlüsse des Unternehmens beim zuständigen Handelsregister.

¹³ Zusätzlich wurden alle Jahresabschlüsse mit einer Gesamtkapitalrendite außerhalb des Intervalls von vier Standardabweichungen um den unbereinigten Mittelwert entfernt. Damit sollen Verzerrungen in den statistischen Auswertungen durch extreme Beobachtungen vermieden werden.

Kasten:
 Modell der partiellen Adjustierung

Das Modell der partiellen Adjustierung (PA-Modell) stellt die Anpassung $\Delta\pi_{it}$ als Funktion der Abweichung (in der Vorperiode) von einem langfristigen Niveau π_i^* dar. Dies entspricht der Gleichung:

$$\text{Adjustierung} = \text{Anpassungsrate} \times \text{Abweichung}$$

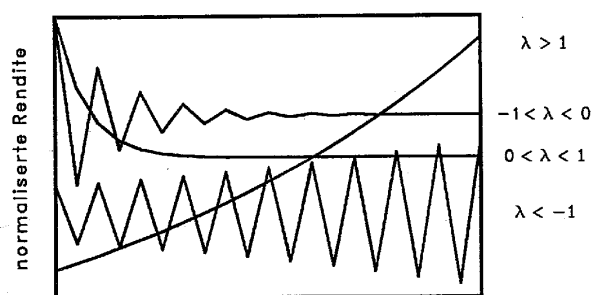
$$\Delta\pi_{i,t} = \pi_{i,t} - \pi_{i,t-1} = (1 - \lambda_i)(\pi_i^* - \pi_{i,t-1}) + \mu_{i,t}$$

Dieser Zusammenhang kann auch als autoregressiver Prozeß erster Ordnung (AR(1)) dargestellt werden.

$$\pi_{i,t} = (1 - \lambda_i)\pi_i^* + \lambda_i\pi_{i,t-1} + \mu_{i,t}$$

Die durch das Persistenzmaß λ_i (entspricht $1 - \text{Anpassungsrate}$) möglichen Funktionstypen sind in der Abbildung dargestellt. Für $|\lambda_i| < 1$ und $t \rightarrow \infty$ konvergiert der Prozeß gegen den langfristige stabile Endwert π_i^* .

Abbildung: Modell der partiellen Adjustierung



Quelle: Schohl (1990, S. 391)

Der Koeffizient λ erfaßt die Stärke der Wettbewerbskräfte, die durch Markteintritte bewirkt werden. Je weniger Markteintritt (tatsächlicher wie auch potentieller) durch überdurchschnittliche Rentabilität bewirkt wird und je weniger Wirkung dieser Markteintritt auf die Veränderung der Rentabilität im Markt hat, um so dauerhafter sind kurzfristige Überrenditen. Damit mißt λ , ob Wettbewerbskräfte hinreichend stark sind, um Überrenditen abzubauen. Je größer λ ist, um so kleiner sind die Wettbewerbskräfte.

Für den verwendeten Paneldatensatz ergibt sich folgendes empirisches Modell:

Random Coefficient (nlinAR):

$$\pi_{i,t} = (1 - \lambda_i)\pi_i^* + \lambda_i\pi_{i,t-1} + u_{i,t}$$

$$\text{mit } \pi_i^* = \hat{\pi}^* + \mu_i \quad \mu_i \sim \overset{iid}{N}(0, \hat{\sigma}_{\pi^*}^2)$$

$$\text{mit } \lambda_i = \hat{\lambda} + v_i \quad v_i \sim \overset{iid}{N}(0, \hat{\sigma}_{\lambda}^2)$$

$$u_{i,t} \sim \overset{iid}{N}(0, \hat{\sigma}_u^2)$$

Dabei kennzeichnet $\pi_{i,t}$ die Differentialrendite des Panelobjektes i zum Zeitpunkt t . Für die dauerhafte Renditekomponente π_i^* und die Persistenz λ_i wird jeweils eine Normalverteilung angenommen, für die der Erwartungswert $\hat{\pi}^*$ bzw. $\hat{\lambda}$ und die Standardabweichung $\hat{\sigma}_{\pi^*}$ bzw. $\hat{\sigma}_{\lambda}^2$ geschätzt werden. Neben den systematischen Effekten gibt es einen stochastischen Fehlerterm $u_{i,t}$, der die äußeren Einflüsse in Sinne von externen Schocks abbilden soll.

die ausgewählten Unternehmen müssen in der Zeitperiode von 1993 bis 2000 mindestens drei Jahresabschlüsse verfügbar sowie im primären Tätigkeitsbereich des Unternehmens mindestens neun weitere Unternehmen tätig sein. Nach Anwendung

der Kriterien konnten 5 875 Jahresabschlüsse für 1 153 Unternehmen gewonnen werden. Ungewöhnlich ist die Wahl einer variierenden Zeitdimension zwischen drei und neun Jahren. Dieses Vorgehen wird durch die Wahl des Modells und des Schätz-

verfahrens ermöglicht und erweitert die nutzbare Datenbasis gegenüber der Maximalanforderung von neun Jahren je Unternehmen von 316 auf 1 153. Es ist so auch möglich, Unternehmen zu betrachten, die im Untersuchungszeitraum aus dem Markt ausgetreten sind.

Wahl eines Kennzahlentyps

Der Mehrheit der bisherigen Untersuchungen folgend, wird sich auf die Rentabilität des gesamten investierten Kapitals konzentriert, da diese Kennzahl das gesamte Ergebnis unternehmerischen Handelns am besten beschreibt.

Da die Untersuchung jedoch auf die Unterschiede in den Renditen zwischen den Unternehmen gerichtet ist, werden die absoluten Werte der Gesamtkapitalrentabilität normiert. Dies führt von der absoluten Rentabilität zur Differentialrendite, die die Abweichung eines Unternehmens vom Mittelwert der Stichprobe beschreibt. Durch die Bereinigung werden Einflüsse durch langfristige gesamtwirtschaftliche Trends und konjunkturelle Effekte eliminiert. Positive Werte von π_{it} zeigen eine überdurchschnittliche, negative Werte eine unterdurchschnittliche Renditeposition an.

Wahl des Panelverfahrens

Die Schätzung der relevanten Parameter kann durch die folgenden Verfahren erfolgen:

1. Pooled OLS Estimator,
2. Mean Group Estimator,
3. Fixed Effects Panel Estimator/LSDV (Least Squares Dummy Variable),
4. Random-Coefficient Maximum Likelihood Estimator (RC-ML).

In einer früheren Analyse wurden diese Verfahren auf ihre Eignung untersucht.¹⁴ Die Eigenschaften der Verfahren bei einer Anwendung in heterogenen, dynamischen Paneldaten mit einer relativ kleinen Anzahl von Beobachtungszeitpunkten und einer erwarteten Persistenzrate um 0,5 wurden dabei in einer Monte Carlo Simulationsstudie untersucht. Die in bisherigen Untersuchungen am häufigsten angewendeten OLS basierten Verfahren liefern bei kleinen Stichproben Schätzer, die substantiell verzerrt sind. Diese Verzerrung (BIAS) steigt, je weniger Beobachtungszeitpunkte zur Verfügung ste-

¹⁴ Vgl. NEUBERT, O., Kapitel 4, a. a. O.

hen und je größer die Heterogenität der Parameter im Panel ist. Für Zeiträume unter zehn Jahren kann der Bias bis zu 50% des tatsächlichen Parameterwertes betragen. Der neu vorgestellte Random-Coefficient ML Schätzer berücksichtigt die Variabilität der Parameter des PA-Modells auf der Ebene des Unternehmens. Für diese wird eine zufällige Normalverteilung angenommen. Statt individuelle Schätzer für jedes Unternehmen sind damit nur noch zwei Werte (Mittelwert und Varianz) zu bestimmen. Die damit verbundene Erhöhung der Freiheitsgrade verringert den Small-Sample-Bias wesentlich.

Unter der Annahme normalverteilter Heterogenität verbindet der Random Coefficient ML Schätzer sowohl Informationen aus der Zeitreihe als auch aus dem Querschnitt des Panels und liefert dadurch bessere Parameterschätzungen als die anderen bisher verwendeten Verfahren.

Entwicklung der Branchenrenditen

Zur Analyse der mittleren Branchenrenditen wird der Mittelwert aller Unternehmen eines Jahres und einer Branche berechnet. Für die 20 Branchen mit je sieben Jahren entstehen insgesamt 140 Fälle. Abbildung 1 zeigt die jeweiligen Werte der mittleren Branchendifferentialrendite im Zeitverlauf.¹⁵ Bis auf wenige Ausnahmen schwanken diese um den Wert null.

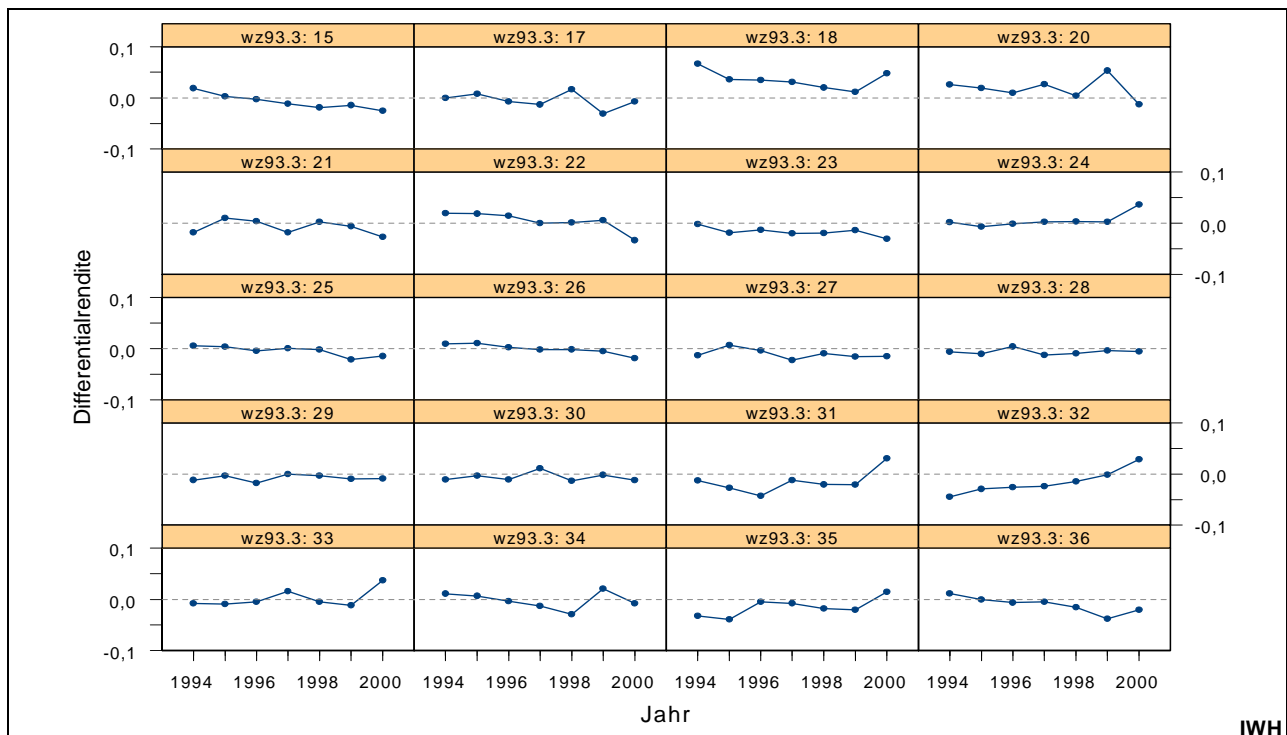
Der vermutete Anpassungsprozeß hin zu einer gemeinsamen dauerhaften Renditekomponente kann mit einem Likelihood-Ratio Test überprüft werden.¹⁶ Dazu wird das nichtlineare Autoregressive (nlinAR) Random Coefficient Modell (siehe Kasten) analysiert. Dabei kennzeichnet $\pi_{i,t}$ die mittlere Gesamtkapitalrendite der Branche i zum Zeitpunkt t . Für die dauerhafte Renditekomponente π_i^* und die Persistenz λ_i ¹⁷ wird jeweils eine Normalverteilung im Panelquerschnitt angenommen. Der Likeli-

¹⁵ Die Branchendifferentialrendite kennzeichnet dabei die Abweichung zum Mittelwert aller Unternehmen.

¹⁶ Zur Anwendung von Hypothesentest in Mixed-Effects Modellen siehe PINHEIRO, J. C.; BATES, D. M.: Mixed-Effects Models in S and S-Plus. Springer-Verlag: New York 2000, pp. 83-93.

¹⁷ Alternativ kann daraus auch direkt die Anpassungsrate/-geschwindigkeit $\beta_i = 1 - \lambda_i$ oder die Halbwertszeit $T_{HL} = \ln(0,5)/\ln(\beta)$ berechnet werden. Diese gibt an, in welcher Zeit T_{HL} sich die Abweichung vom langfristigen Niveau halbiert.

Abbildung 1:
Branchenrenditen im Zeitverlauf



Anmerkungen: Branchenmittelwert im Zeitverlauf, Branchencode nach WZ93: 15 Ernährungsgewerbe, 17 Textilgewerbe, 18 Bekleidungsindustrie, 20 Holzgewerbe (o. Möbeln), 21 Papiergewerbe, 22 Verlage, Druckerei, Vervielfältigung, 23 Kokerei, Mineralölverarbeitung, 24 Chemie, 25 Gummi- und Kunststoffwaren, 26 Glas, Keramik, Steinen und Erden, 27 Metallherstellung und -bearbeitung, 28 Metallherzeugnissen, 29 Maschinenbau, 30 Büromaschinen, EDV, 31 Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung, 32 Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentwicklung, 33 Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungst., 34 Kraftwagen und -teilen, 35 Fahrzeugbau (o. Kraftwagen), 36 Möbeln, Schmuck.

hood-Ratio Test prüft die Signifikanz der Varianzparameters $\hat{\sigma}_{\pi}^2$ des langfristigen Renditeniveau π_i^* .

Die Testergebnisse zeigen bei den Branchendifferentialrenditen die Existenz einer gemeinsamen dauerhaften Renditekomponente. Die Branchenmittelwerte nähern sich also im Zeitverlauf einem gemeinsamen Wert an, der jedoch signifikant von null verschieden ist.

Der Branchenmittelwert kann die Dynamik der Unternehmen nur dann sinnvoll abbilden, wenn die Streuung innerhalb und zwischen den Branchen relativ klein ist. Die in Abbildung 2 dargestellten Verteilungen widersprechen dieser Annahme. Die dargestellten Boxplots zeigen innerhalb der Branchen im Zeitverlauf eine mangelnde Trennbarkeit der Verteilungen. Vergleicht man die verschiedenen Branchenverteilungen eines Jahres (Abbildung 3 zeigt diese beispielhaft für 1994 und 1995), so gibt es auch bei diesen sehr große Überschneidungen. Die genutzte Branchendefinition ist damit nur bedingt zur Gruppenbildung (Aggregationsebene) für die Differentialrendite geeignet.

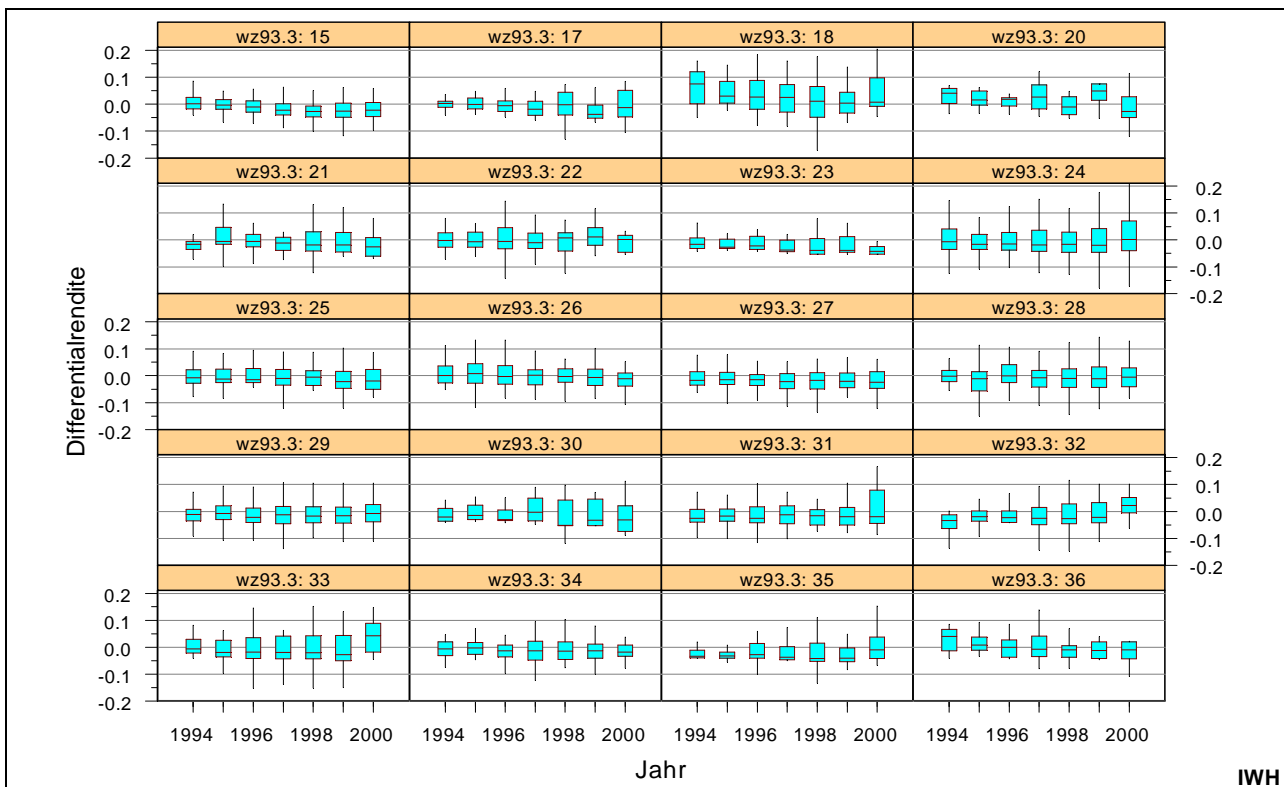
Um Aussagen über die Dynamik auf Unternehmensebene machen zu können, muß daher die Entwicklung der Renditenunterschiede zwischen den Unternehmen genauer untersucht werden. Dies erfolgt in der Analyse auf Unternehmensebene im folgenden Abschnitt.

Entwicklung der Unternehmensrenditen

Die Auswertungen der Unternehmensdifferentialrenditen verwenden wieder das nichtlineare Autoregressive (nlinAR) Random Coefficient Modell (siehe Kasten). Im Gegensatz zur Auswertung der Branchenrenditen, kennzeichnet $\pi_{i,t}$ die Gesamtkapitalrendite des Unternehmens i zum Zeitpunkt t .¹⁸ Für die dauerhafte Renditekomponente π_i^* und die Persistenz λ_i wird wieder eine Normalverteilung im Panelquerschnitt angenommen.

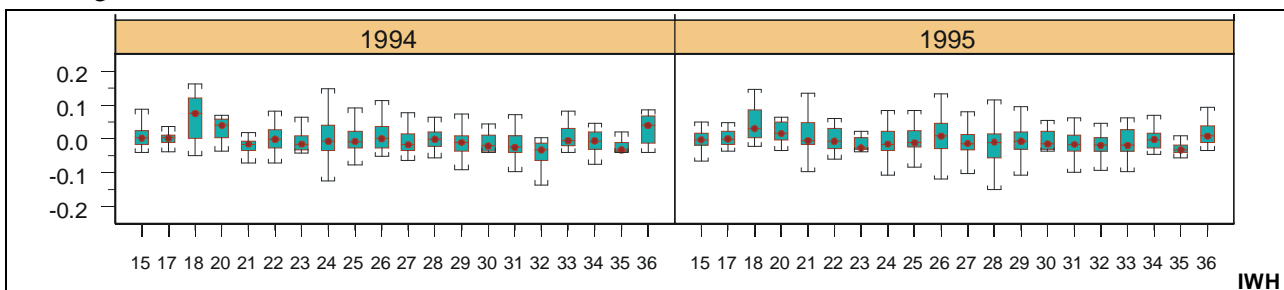
¹⁸ Auch hier wird die Differentialrendite als Abweichung der Gesamtkapitalrendite vom Jahresmittelwert betrachtet. Diese Normierung soll um gesamtwirtschaftliche und konjunkturelle Einflüsse bereinigen.

Abbildung 2:
Streuung der Differentialrenditen innerhalb der Branchen



Anmerkung: Quantilsboxplot der Differentialrenditen aller Unternehmen der Branche.

Abbildung 3:
Streuung der Differentialrenditen innerhalb der Branchen für die Jahre 1994 und 1995



Anmerkung: Quantilsboxplot der Differentialrenditen aller Unternehmen der Branche.

Der Likelihood-Ratio Test¹⁹ zeigt, daß es signifikante Variation zwischen den langfristigen Renditenkomponenten gibt. Im Gegensatz zur Analyse der Branchenmittelwerte zeigen sich auf Unternehmensebene Unterschiede im Niveau der langfristigen Renditen.

Für die Verteilung der Persistenz λ_i wird ein Mittelwert $\hat{\lambda}$ von 0,38 und eine Standardabweichung $\hat{\sigma}_\lambda^2$ von 0,43 geschätzt.

Die Tabelle enthält die Ergebnisse für den Mittelwert der Persistenz aus bisherigen Studien. Es zeigt sich, daß die mittlere Persistenz am unteren Bereich bisheriger Untersuchungen liegt. Bei Anwendung der bisher üblichen Panelverfahren bei einer solch kurzen Zeitdimension wären die Ergebnisse durch die erwartete Verzerrung des Small Sample Bias und Heterogeneity Bias nicht verwertbar gewesen.²⁰

¹⁹ Geprüft wird die Signifikanz des Varianzparameters $\hat{\sigma}_\pi^2$ des langfristigen Renditeniveaus π_i^* .

²⁰ Es muß auch bei den bisherigen Untersuchungen eine Verzerrung der Schätzergebnisse durch kleine Stichproben

Tabelle:

Persistenz in bisherigen empirischen Untersuchungen

Autor	Land	Zeitraum	Anzahl Jahre	Anzahl Firmen	Mittelwert λ
Mueller (1986)	USA	1950 - 1972	23	600	0,490
Geroski und Jaquemin (1988)	UK	1949 - 1977	29	51	0,488
	Frankreich	1965 - 1982	18	55	0,412
	Deutschland	1961 - 1981	21	28	0,410
Schwalbach u. a. (1989)	Deutschland	1961 - 1982	22	299	0,485
Cubbin und Geroski (1990)	UK	1948 - 1977	30	243	0,482
Khemani und Shapiro (1990)	Kanada	1964 - 1982	19	129	0,425
Odagiri und Yamawaki (1990)	Japan	1964 - 1982	19	376	0,485
Schwalbach und Mahmood (1990)	Deutschland	1961 - 1982	22	299	0,392
Schohl (1990)	Deutschland	1961 - 1984	24	283	0,509
Kambhampati (1995)	Indien	1970 - 1985	16	42	0,484
Waring (1996)	USA	1970 - 1989	20	12 986	0,540
Goddard und Wilson (1999)	UK	1972 - 1991	19	335	0,589
Benito (2001)	UK	1975 - 1998	25	2 129	0,497
Untersuchung des IWH	Deutschland	1992 - 2000	4-9	1 153	0,384

Quellen: Goddard, J.; Wilson, J. (1999): The Persistence of Profits: a new empirical interpretation, in: International Journal of Industrial Organization (17), Heft 5, S. 663-687; Waring, G. (1996): Industry Differences in the Persistence of Firm-Specific Returns, in: American Economic Review (86), Heft 5, S. 1253-1265; Benito, A. (2001): 'Oscillate Wildly': asymetrics and persistence in company-level profitability. Bank of England Working Papers; Berechnungen des IWH.

Der Mittelwert von 0,38 zeigt, daß im Mittel 62% der Abweichung vom unternehmensspezifischen langfristigen Niveau innerhalb eines Jahres abgebaut werden.²¹ Eine Abweichung kann in diesem Zusammenhang sowohl eine über- wie auch eine unterdurchschnittliche Differentialrendite bedeuten. Die Anpassungsrate variiert jedoch zwischen den einzelnen Unternehmen sehr stark.

Abschließend soll der Zusammenhang zwischen der dauerhaften Renditekomponente und der Persistenz des Anpassungsprozesses untersucht werden. Dazu eignet sich ein Korrelationskoeffizient, der durch eine Modellerweiterung berechnet werden kann. Dieser beträgt -0.158.²² Damit weisen Unternehmen mit einer überdurchschnittlichen Persi-

stenz eine eher unterdurchschnittliche langfristige unternehmensspezifische Renditekomponente auf. Ein hoher Wettbewerbsdruck führt damit keineswegs zu unter-, sondern vielmehr langfristig zu überdurchschnittlichen Renditen.

Damit konnte anhand der Stichprobe für Deutschland eine signifikante Variation der langfristigen Renditekomponente zwischen den Unternehmen bestätigt werden. Es existieren unterschiedliche dauerhafte Unternehmensgewinne, die nicht im Zeitverlauf durch Wettbewerbskräfte abgebaut werden. Dies spricht auf Unternehmensebene für die Persistence of Profit Hypothese von Mueller²³. Bei Wahl der modelltheoretisch ungeeigneten Betrachtungsebene (Branchenmittelwerte) sind dauerhafte Renditeunterschiede hingegen abzulehnen.

vermutet werden. Lediglich GODDARD, J.; WILSON, J. (1999) und WARING, G. (1996) korrigieren um den abgeschätzten Small-Sample Bias. Da Waring einen Fixed-Effects Verfahren verwendet, ist dieses Korrekturverfahren jedoch ungeeignet, da keine Korrektur des Heterogeneity Bias erfolgte.

²¹ Anpassungsrate = 1 - Persistenz.

²² Da im Modell für beide Parameter eine Normalverteilung angenommen wird, wird für diese auch eine Varianz geschätzt. Außerdem ist die Spezifikation einer Kovarianzkomponente zwischen beiden Parametern möglich. Aus den beiden Varianzen und der Kovarianz kann dann direkt die Korrelation berechnet werden. Die Korrelation ist signifikant zum Niveau $p = 0,05$.

Olaf.Neubert@iwh-halle.de

²³ MUELLER, D. C.: Profits in the Long Run. Cambridge University Press: Cambridge 1986. – MUELLER, D. C. (ed.), The Dynamics of Company Profits: An International Comparison. Cambridge University Press: Cambridge 1990.

Fiskalische Einsparpotentiale einer Kreisstrukturreform in Sachsen-Anhalt

Der vorliegende Beitrag hat eine vergleichende fiskalische Bewertung des in das Gesetz vom 11.11.2005 eingegangenen Kreisstrukturreformvorschlags der CDU/FDP-Regierung²⁴ aus der letzten Legislaturperiode mit dem damaligen Vorschlag der Landes-SPD²⁵ für das Land Sachsen-Anhalt zum Ziel.

Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf den direkten konsolidierungsrelevanten Ausgaben (laufender Sachaufwand, Personalausgaben) der Kreise und Kommunen.²⁶ Nicht berücksichtigt bleiben beispielsweise Umstellkosten, fiskalische Effekte einer Änderung der Aufgabenteilung, indirekte Anpassungskosten im Nachgang einer umgesetzten Kreisstrukturreform, wie bspw. Anpassung der Infrastruktur oder die individuellen Transaktionsmehrkosten der Einwohner und Unternehmen.

Methodisch findet eine zweistufige Benchmarkanalyse Anwendung. Zweistufig bedeutet hierbei, daß in einem ersten Schritt das Einsparpotential der sachsen-anhaltischen Kreise bei bestehender Kreisstruktur zu ermitteln ist. Als zweites wird das Einsparpotential für die entsprechend des jeweiligen Kreisstrukturvorschlages charakterisierten Neukreise in adäquater Weise bestimmt. Für beide Schritte müssen ähnliche Referenzkreise aus den alten Bundesländern identifiziert werden.²⁷

Aus der Differenz zwischen dem Einsparpotential unter Beibehaltung der bisherigen Kreisstruktur (Schritt 1) und dem Einsparpotential unter Berücksichtigung

der jeweiligen Kreisstrukturreformvorschläge (Schritt 2) ergibt sich dann der Einspar-Effekt, welcher auf den Kreisstrukturreformvorschlag zurückzuführen ist. Abbildung 1 veranschaulicht die geschilderte Untersuchungsstruktur graphisch.

Ermittlung der Einsparpotentiale bei bestehender Kreisstruktur

Eine in der Wirtschafts- und Politikberatung vielfach angewendete Bewertungsmethode ist die der Benchmarkanalyse, welche auch in der Beurteilung von kommunalen Einsparpotentialen der Kreise in Ostdeutschland ihre Anwendung findet.²⁸ Die Benchmark stellen dabei westdeutsche Referenzkreise²⁹ dar. Mit diesem Vorgehen ist die grundlegende Annahme verbunden, daß die ostdeutschen Kreise in absehbarer Zeit ein vergleichbares Pro-Kopf-Niveau der konsolidierungsrelevanten Ausgaben³⁰ wie die westdeutschen Referenzkreise erreichen können.

Identifikation der Referenzkriterien

Entscheidend für die Analyse ist die Identifikation von Indikatoren, die Bestimmungsgründe für die Höhe der Pro-Kopf-Ausgaben³¹ darstellen, um auf dieser Basis die Auswahl der Referenzkreise tref-

²⁴ Vgl. LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT: Gesetz zur Kreisgebietsneuregelung vom 11.11.2005 GVBl. LSA Nr. 60/2005.

²⁵ Vgl. HÖVELMANN, H., u. a.: Kommunen 2020 – Thesen der Unterarbeitsgruppe „Kommunen der Zukunfts-AG der SPD Sachsen-Anhalt.“ Beiträge zur Zukunftsdiskussion in Sachsen-Anhalt, Bd. 3, S. 12.

²⁶ Datenbasis der Ausgaben stellt die Vierteljährliche Kassenerhebung bei Kreisen und Gemeinden des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2003 dar. Zur Beschreibung der Erhebungsmethodik vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Qualitätsbericht – Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte, 2006.

²⁷ Die notwendige Identifikation der Referenzkreise erfolgt bei beiden Schritten nach identischen Kriterien. Bedingt durch die Kreischarakteristik – mit oder ohne Kreisstrukturreform – müssen jeweils andere Referenzkreise herangezogen werden.

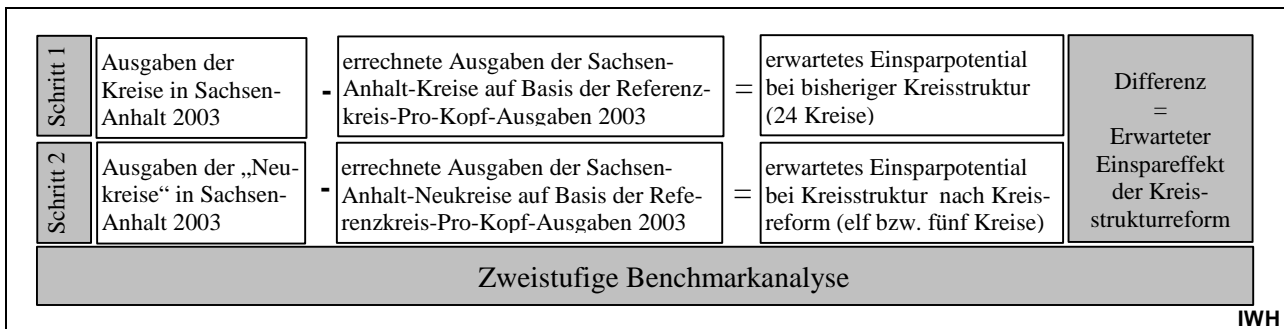
²⁸ Vgl. bspw. RAGNITZ, J.; SCHARFE, S.: Konsolidierungspotentiale der Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern. Gutachten im Auftrag im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, 2006, bzw. SEITZ, H.: Die ökonomischen und fiskalischen Effekte der Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern. Gutachten im Auftrag des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern, 2005.

²⁹ Die Problematik möglicher Unterschiede hinsichtlich des Aufgabenumfangs der west- bzw. ostdeutschen Kreise insbesondere aufgrund von Auslagerung von Aufgaben (Stadtwerte, Krankenhäuser u. ä.), kann bei der Berechnung nicht adäquat berücksichtigen werden.

³⁰ Zu den konsolidierungsrelevanten Ausgaben werden hier Personalausgaben und der laufende Sachaufwand gezählt.

³¹ Datenbasis der Kreisausgaben stellt die Vierteljährliche Kassenerhebung bei Kreisen und Gemeinden des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2003 dar. Zur Beschreibung der Erhebungsmethodik vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Qualitätsbericht – Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte, 2006.

Abbildung 1:
Zweistufige Benchmarkanalyse zur Ermittlung der Einspareffekte durch Kreisreform



Quelle: Darstellung des IWH.

fen zu können. Im Hinblick auf das weitere Analyseziel dieses Beitrages – die Abschätzung des Einspareffekts durch eine spezifische Kreisstrukturreform – erscheint es sinnvoll, hierfür Faktoren heranzuziehen, die sich auf die jeweiligen administrativen Gliederungsstrukturen beziehen. Insbesondere betreffen dies:

1. die Größe des Kreises im Hinblick auf Einwohnerzahl und Fläche sowie – als Kombination – die Siedlungsdichte;
2. die Anzahl, Größe und Struktur der unterkreislichen Verwaltungseinheiten.

Die Einwohnerzahl und die Konzentration der Fläche auf die unterkreislichen Verwaltungseinheiten (operationalisiert mit Hirschman-Herfindahl-Koeffizienten (HHK)³²) erwiesen sich in einer entsprechenden Regressionsanalyse als geeignete Indikatoren für die konsolidierungsrelevanten Ausgaben.³³ Die Auswahlkriterien umfassen damit sowohl die Charakterisierung der Kreise hinsichtlich der Einwohnerzahl (Kriterium 1) als auch die der Fläche und der unterkreislichen Verwaltungsstruktur – implizit im zweiten Kriterium³⁴ verknüpft.

³² Berechnungsvorschrift: $HHK = \frac{\sum_{i=1}^n x_i}{\sum_{i=1}^n x_i^2}$

(vgl. bspw. BOL, G.: Deskriptive Statistik, S. 105).

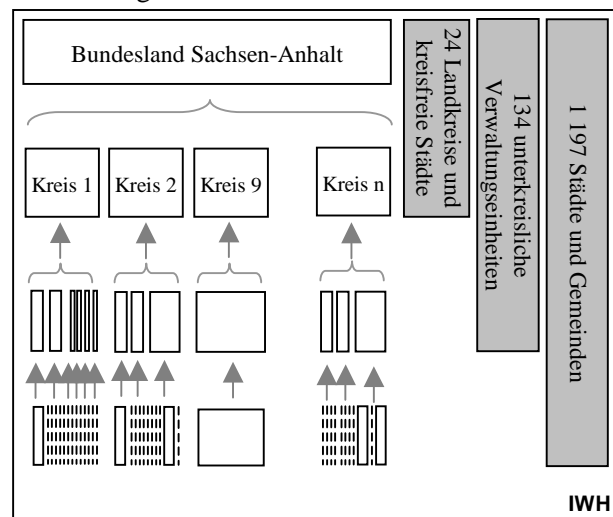
³³ Beide Faktoren wiesen unter Einbeziehung einer Ost-West-Dummyvariable in der linearen Regression der konsolidierungsrelevanten Ausgaben der Landkreise 2003 hochsignifikante Koeffizienten mit jeweils negativem Vorzeichen ein R^2 von 20,3 aus.

³⁴ Anzumerken bleibt noch, daß bei den kreisfreien Städten das zweite Kriterium nur die Maximalausprägung (1,0) annehmen kann, da die Struktureinheit „kreisfreie Stadt“ durch nur eine unterkreisliche Verwaltungseinheit gekennzeichnet ist.

Unterkreisliche Verwaltungsstruktur in der Datenbasis

Abbildung 2 skizziert die Verwaltungsstruktur in Sachsen-Anhalt. Zum 31.12.2003 waren 1 197 sachsen-anhaltische Städte und Gemeinden zu verzeichnen. Der überwiegende Teil dieser Kommunen (1 158) war zu diesem Zeitpunkt in eine der 126 Verwaltungsgemeinschaften integriert.³⁵ Diese bilden in Summe mit den verbleibenden „verwaltungsgemeinschaftsfreien“ Einheitsgemeinden die unterkreislichen Verwaltungseinheiten.

Abbildung 2:
Verwaltungsstruktur in Sachsen-Anhalt



Quelle: Darstellung des IWH.

³⁵ Vgl. hierzu: STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Kreisfreie Städte und Landkreise, Anzahl der Gemeinden sowie Anzahl der Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden, unter <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/gk/and/anzahl.html>

Tabelle 1:
Referenzkreise für den Landkreis Schönebeck

Landkreis	Bundesland	Einwohner	Fläche	UKV ^a	HHK(ha) ^b	Konsolidierungsrelevante Ausgaben je Einwohner
Kusel	Rheinland-Pfalz	77 667	574 ha	7	0,166	765,55 Euro
Lichtenfels	Bayern	70 640	520 ha	8	0,154	756,87 Euro
Lindau	Bayern	78 643	323 ha	10	0,120	799,81 Euro
Schönebeck	Sachsen-Anhalt	74 256	460 ha	5	0,148	965,78 Euro

^a UKV = Unterkreisliche Verwaltungseinheiten. – ^b HHK(ha) = Hirschman-Herfindahl-Koeffizienten bzgl. der Fläche.

Quellen: Berechnungen des IWH auf Basis des Gemeindeverzeichnisses 2003 und der Statistik der Vierteljährlichen Kassenerhebung bei Kreisen und Gemeinden des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2003.

Im Rahmen der „Reform der Verwaltungsgemeinschaften“ wurde die Anzahl der unterkreislichen Verwaltungseinheiten bis Ende 2004 auf 134 reduziert. Innerhalb der hier vorliegenden Analyse ist diese „Vorreform“ bereits berücksichtigt.³⁶ Hierfür wurde die Zuordnung der Städte und Gemeinden in den Daten des Gemeindeverzeichnis 2003³⁷ entsprechend angepaßt. Grundlage der Zuordnungsvorschrift bildete das „Übersichtsverzeichnis der Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden im Land Sachsen-Anhalt“³⁸.

Auswahl der Referenzkreise

Ausgehend von der modifizierten Datenbasis ist nun die Charakterisierung der sachsen-anhaltischen Kreise hinsichtlich der Benchmarkindikatoren abzuleiten. Anschließend wird die Auswahl der spezifischen westdeutschen Referenzkreise getroffen.

Für die Referenzkreisauswahl wurden die Intervalle für die Indikatoren (Einwohnerzahl und HHK bzgl. der Fläche) so gewählt, daß mindestens drei Referenzkreise enthalten sind.

Tabelle 1 zeigt beispielhaft für den Landkreis Schönebeck die Referenzkreisauswahl. In der letzten Zeile ist die Charakteristik für Schönebeck und darüber die der westdeutschen Referenzkreise wiedergegeben.

Basierend auf den Referenzkriterien Einwohnerzahl (Spalte 3) und Flächenkonzentration (Spalte 6) kristallisierten sich mit den Landkreisen Lichtenfels bzw. Lindau zwei aus einem finanzstarken sowie mit Kusel einer aus einem finanzschwachen Bundesland als geeignete Benchmark heraus. Auch wenn diese durchaus beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Fläche (Spalte 4) und der Anzahl der unterkreislichen Verwaltungseinheiten (Spalte 5) aufweisen, bewegen sich die konsolidierungsrelevanten Pro-Kopf-Ausgaben³⁹ (Spalte 7) für 2003 in einem ähnlichen Rahmen.⁴⁰

Nicht ganz so unproblematisch erwies sich die Identifikation der Referenzkreise für den Landkreis Anhalt-Zerbst, da sich dieser Kreis durch eine relativ hohe Flächenkonzentration auszeichnet. Während der Hirschman-Herfindahl-Koeffizient in Anhalt-Zerbst mit 0,345 ausgewiesen wurde, betrug der höchste Wert in westdeutschen Landkreisen 0,243. Aufgrund dessen mußte die Intervallgrenze für das Konzentrationsmaß für den Landkreis Anhalt-Zerbst

³⁶ Weitere unterkreisliche Zusammenlegungen müssen hingegen in der Analyse unberücksichtigt bleiben, da in den bis zum jetzigen Zeitpunkt veröffentlichten Papieren noch keine Konkretisierung des Vorgehens festgeschrieben sind. Die Effekte der Kreisstrukturreform (s. u.) reduzieren sich in der Analyse auf die Zusammenlegung der Kreise und nicht auf die Effekte einer geänderten Organisationsstruktur.

³⁷ Statistisches Ämter des Bundes und der Länder: Gemeindeverzeichnis 2003.

³⁸ Vgl. http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_des_Innern/PDF_Dokumente/Startseite/uebersicht_vgem.pdf

³⁹ Die konsolidierungsrelevanten Pro-Kopf-Ausgaben – konkret handelt es sich um die summierten Ausgaben (laufender Sachaufwand und Personalausgaben) der Gemeinden und Kreise – sind wiederum aus der Statistik der Vierteljährlichen Kassenerhebung bei Kreisen und Gemeinden des Statistischen Bundesamtes entnommen. Das Gemeindeverzeichnis 2003 stellt die Quelle für die verwendete Einwohnerzahl dar.

⁴⁰ Dieses kann als ein Indiz für die Prognosefähigkeit der gewählten Referenzindikatoren gewertet werden.

Tabelle 2:
Referenzkreise für den Landkreis Anhalt-Zerbst

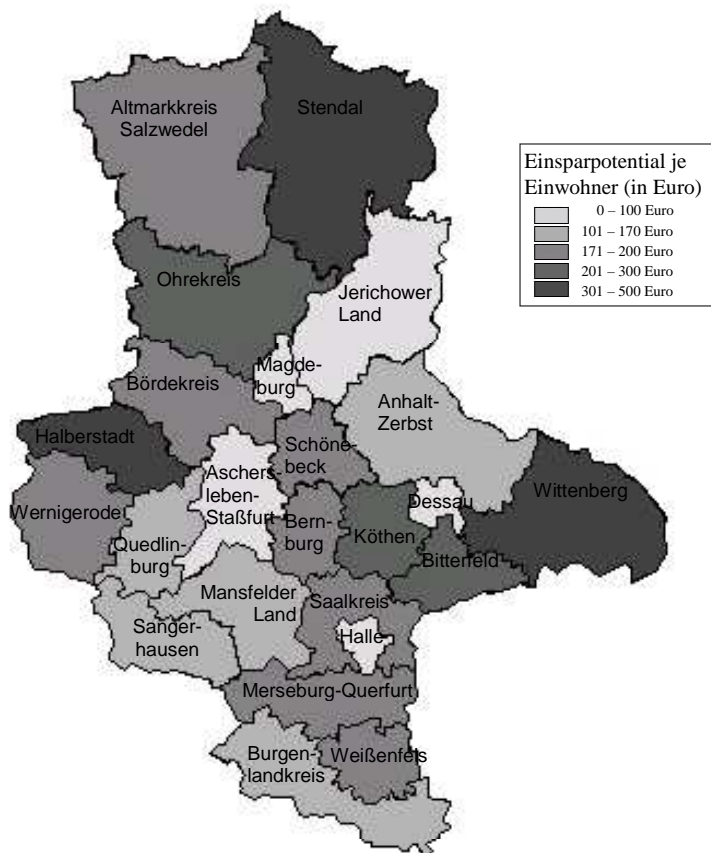
Landkreis	Bundesland	Einwohner	Fläche	UKV ^a	HHK(ha) ^b	Konsolidierungsrelevante Ausgaben je Einwohner
Osterode am Harz	Niedersachsen	83 375	236 ha	7	0,236	972,27 Euro
Wittmund	Niedersachsen	57 672	243 ha	6	0,243	868,49 Euro
Daun	Rheinland-Pfalz	64 285	229 ha	5	0,229	828,95 Euro
Anhalt-Zerbst	Sachsen-Anhalt	70 889	345 ha	5	0,345	1 028,88 Euro

^a UKV = Unterkreisliche Verwaltungseinheiten. – ^b HHK(ha) = Hirschman-Herfindahl-Koeffizienten bzgl. der Fläche.

Quellen: Berechnungen des IWH auf Basis des Gemeindeverzeichnisses 2003 und der Statistik der Vierteljährlichen Kassenerhebung bei Kreisen und Gemeinden des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2003.

auf +/- 40% gesetzt werden, um die am besten passenden Referenzkreise zu finden, welche in Tabelle 2 zusammengestellt sind.

Abbildung 3:
Einsparpotentiale derzeit vorhandener Kreise pro Kopf - in Euro -



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ermittlung der Einsparpotentiale

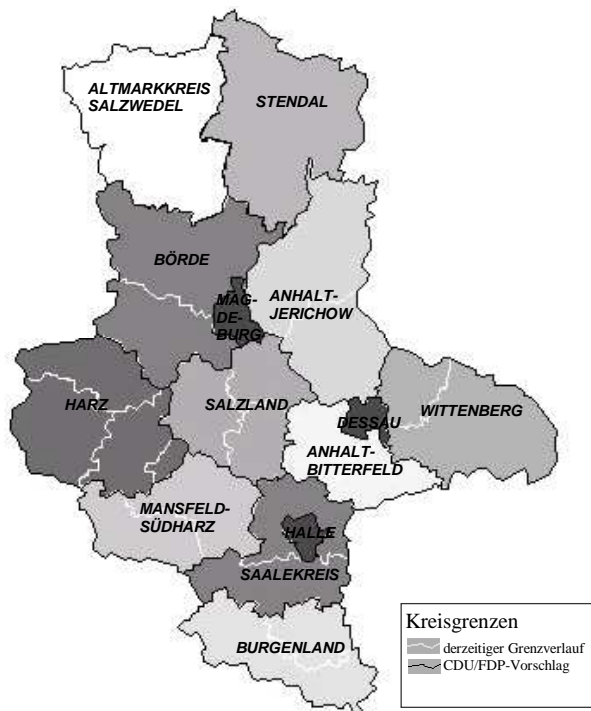
Aufbauend auf der Identifikation der Referenzkreise stellt die Ermittlung des Einsparpotentials hinsichtlich der konsolidierungsrelevanten Ausgaben lediglich eine einfache algebraische Rechenaufgabe dar:

Aus der Multiplikation der durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben der Referenzkreise mit der Einwohnerzahl des sachsen-anhaltischen Kreises resultiert das „Ziel-Ausgaben-Niveau“, dessen Differenz zu den tatsächlichen Ausgaben des Kreises in Sachsen-Anhalt im Jahr 2003 dann das Einsparpotential für den Kreis ergibt. Durch Aufsummieren dieser kreislichen Einsparpotentiale bestimmt sich das Gesamteinsparpotential für Sachsen-Anhalt, welches sich auf 448 Mio. Euro beziffert.

Die Einsparpotentiale sind allerdings in den sachsen-anhaltischen Kreise nicht gleichverteilt, wie Abbildung 3 zeigt.

Die mit Abstand größten Einsparpotentiale könnten im Landkreis Stendal (400 Euro je Einwohner), gefolgt vom Landkreis Halberstadt (352 Euro) und dem Landkreis Wittenberg (347 Euro) erreicht werden. Vergleichsweise geringe Einsparungen sind dagegen in den kreisfreien Städten Dessau (36 Euro), Halle (66 Euro) und Magdeburg (96 Euro) sowie den Landkreisen Aschersle-

Abbildung 4:
Kreisreform CDU/FDP-Vorschlag



Quelle: Darstellung des IWH, siehe Fußnote 41.

ben (64 Euro) und Jerichower Land (90 Euro) zu erwarten.

Einspareffekte durch die vorgeschlagenen Kreisstrukturformen

In Sachsen-Anhalt wird derzeit auf Landesebene eine umfassende Kreisgebietsreform diskutiert. In diesem Beitrag werden zwei Reformvorschläge betrachtet.

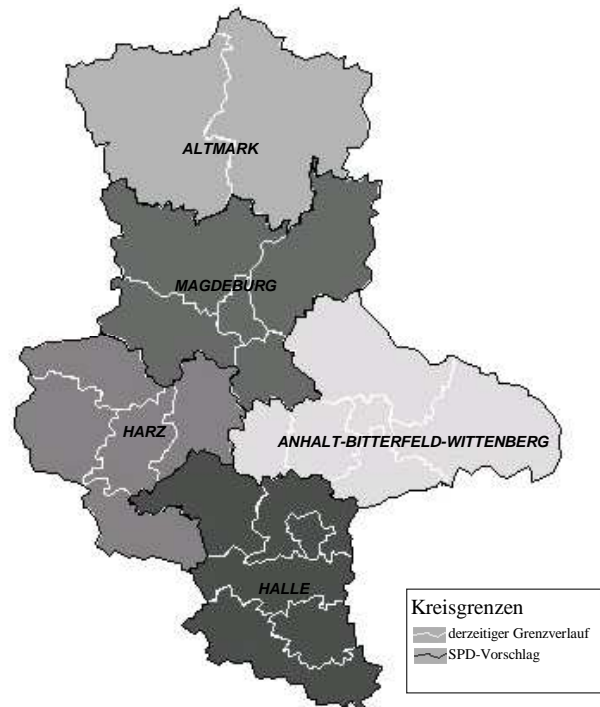
Der erste Reformvorschlag resultiert aus der Entscheidungsfindung der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung⁴¹ (im weiteren „CDU/FDP-Vorschlag“). Der zweite Vorschlag ist von der SPD Fraktion⁴² in der vergangenen Legislaturperiode veröffentlicht wurden (im weiteren „SPD-Vorschlag“).

Diese unterscheiden sich vor allem in der Zahl der neu zu bildenden Kreise. Während der erste Vorschlag eine Reduktion der derzeit 24 Kreise auf 14 beinhaltet und bereits als Gesetz formuliert

⁴¹ Vgl. LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT: Gesetz zur Kreisgebietsneuregelung vom 11.11.2005, a. a. O.

⁴² Vgl. HÖVELMANN, H., u. a.: Kommunen 2020 – Thesen der Unterarbeitsgruppe „Kommunen der Zukunfts-AG der SPD Sachsen-Anhalt“, Beiträge zur Zukunftsdiskussion in Sachsen-Anhalt, Bd. 3, S. 12.

Abbildung 5:
Kreisreform SPD-Vorschlag



Quelle: Darstellung des IWH, siehe Fußnote 42.

ist, favorisiert der zweite Vorschlag eine fundamentalere Zusammenlegung auf nur noch fünf Landkreise. Abbildung 4 bzw. Abbildung 5 veranschaulichen die Varianten graphisch.

Aufbauend auf oben beschriebener Methodik der Benchmarkanalyse kann in einem zweistufigen Verfahren versucht werden, die Einspareffekte durch die jeweilige Kreisstrukturreform abzuschätzen. Zweistufig bedeutet hierbei, daß an die Ermittlung des Einsparpotentials bei bestehender Kreisstruktur in einem zweiten Schritt das Einsparpotential entsprechend der Kreischarakteristik nach der Kreisstrukturreform abgeleitet wird.

Die Differenz zwischen beiden – also zwischen den prognostizierten Einsparpotentialen mit und ohne Kreisstrukturreform – ergibt den Einspar-Effekt, welcher auf die vorgeschlagenen Kreisstrukturformen zurückzuführen ist. Hierbei werden wiederum lediglich die konsolidierungsrelevanten Ausgaben analysiert, d. h. Effekte einer Änderung der Aufgabenteilung und die bei der Kreisstrukturreform anfallenden Umstellkosten bleiben unberücksichtigt.

Tabelle 3 stellt die Ergebnisse dieser Analyse zusammen und veranschaulicht einerseits, daß ein

Tabelle 3:
Einsparpotential bei den drei Kreisstrukturen

Ist-Kosten Sachsen-Anhalt 2003	jährliches Einsparpotential		
	ohne Kreisstrukturreform	mit Kreisstrukturreform	
		CDU/FDP-Vorschlag	SPD-Vorschlag
2 561 Mio. Euro	448 Mio. Euro	450,5 Mio. Euro	600 Mio. Euro
Einspareffekte der Kreisstrukturreform			
-	-	2,5 Mio. Euro	152 Mio. Euro

Quelle: Berechnungen des IWH.

Großteil der Einsparungen – 448 Mio. Euro bzw. 17% des Ausgabenniveaus von 2003 – auf Basis der bisherigen Kreisstruktur zu erwarten ist.

Andererseits zeigt die Tabelle aber auch auf, daß der Vorschlag der SPD – im Gegensatz zu dem der CDU/FDP – erheblich größere Einsparungen verspricht: Während der Einspareffekt der Kreisstrukturreform beim CDU/FDP-Vorschlag lediglich mit jährlich 2,5 Mio. Euro ermittelt wurde, beziffert er sich bei der SPD-Variante auf 152 Mio. Euro.

In erheblichem Maß ist für diesen deutlich positiven Effekt der SPD-Variante die vorgeschaltete unterkreisliche Strukturänderung im Rahmen der „Reform der Verwaltungsgemeinschaften“ (vgl. S. 153) mitbestimmend. Bei einer analogen Berechnung ohne Berücksichtigung dieser bereits durchgeführten Verwaltungseinheitenzusammenlegung betrüge der prognostizierte Einspareffekt der SPD-Kreisstrukturreform lediglich 28,5 Mio. Euro.⁴³ Der Zusammenschluß der Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden von 2003/2004 war somit ein wichtiger erster Schritt zur Kreisstrukturreform.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß aus fiskalischer Sicht der Kreisstrukturreformvorschlag der SPD deutlich höhere Einspareffekte erwarten läßt als der Vorschlag der CDU/FDP und daher bei einer Entscheidung zwischen diesen beiden Vorschlägen priorisiert⁴⁴ werden sollte.

In den Entscheidungsprozeß sind jedoch neben den konsolidierungsrelevanten Ausgaben noch andere monetäre (z. B. Umstellkosten) und nichtmonetäre Aspekte (bestehende Netzwerkstrukturen, Identifikation der Einwohner mit dem Kreis usw.) einzubeziehen. Die hier durchgeführte Analyse zeigt jedoch, daß unter rein fiskalischen Aspekten eindeutige Aussagen möglich sind.

Simone.Scharfe@iwh-halle.de

⁴³ Für den CDU/FDP-Vorschlag – ohne Berücksichtigung der bereits getätigten unterkreislichen Verwaltungsreform – ergäbe sich ein Einspareffekt von 39 Mio. Euro.

⁴⁴ Damit soll nicht ausgedrückt werden, daß der SPD-Vorschlag das „Optimum“ der sachsen-anhaltischen Verwaltungsstruktur darstellt. Neben der Frage der Zusammen-

legung von Kreise müßte hierbei u. a. auch die Optimalität der Zugehörigkeit der einzelnen Städte und Gemeinden zur jeweiligen Verwaltungseinheit unter dem Aspekt der Erreichbarkeit berücksichtigt werden.

Ostdeutsches Baugewerbe im April 2006: Kräftige Frühjahrsbelebung

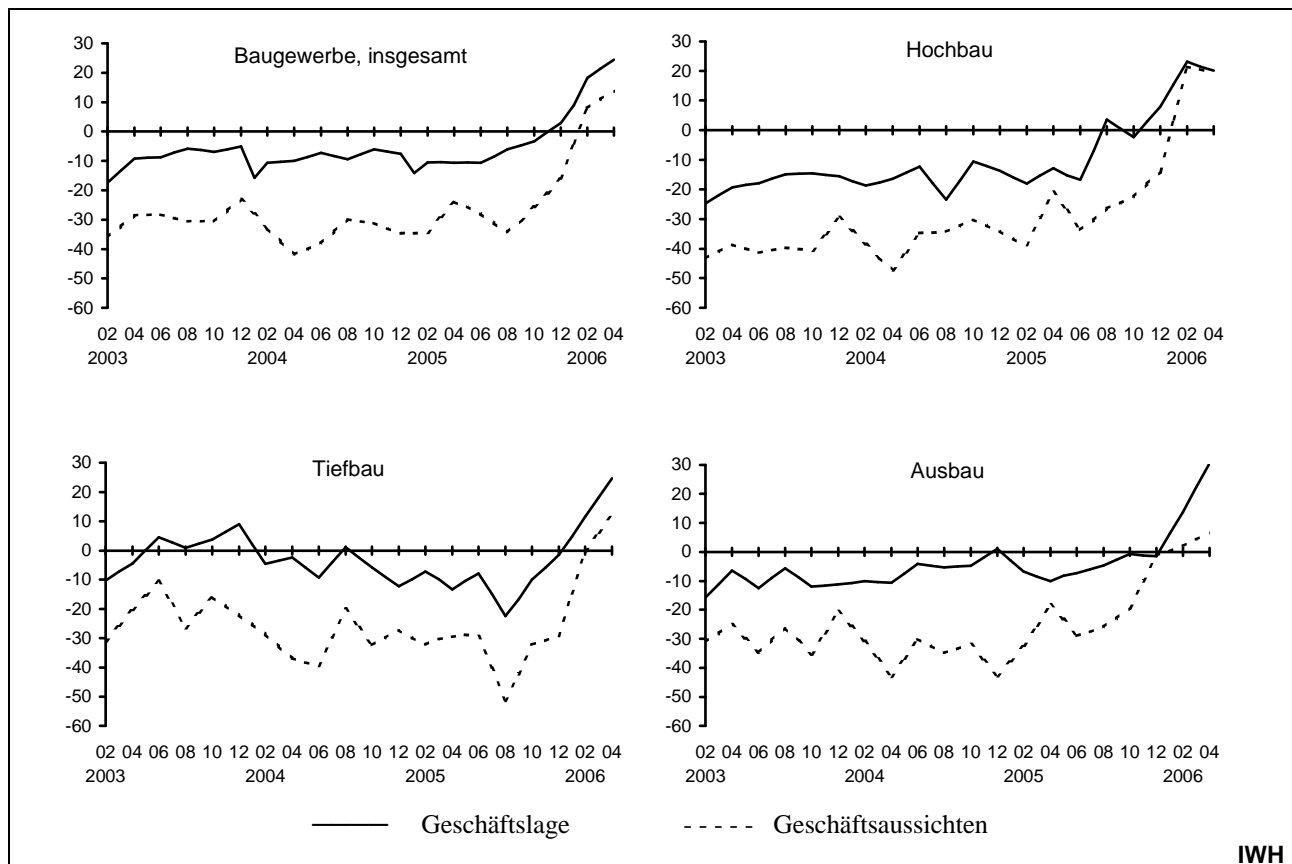
Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich laut IWH-Umfrage unter mehr als 300 Unternehmen im April weiter verbessert. Die Geschäftslage wie auch die Geschäftsaussichten haben sich nicht zuletzt witterungsbedingt gegenüber dem Jahresanfang deutlich aufgehellt (vgl. Tabelle). Inzwischen gehen 60% der befragten Unternehmen von einer guten oder eher guten Geschäftslage aus, bei den Aussichten bis zum Herbst trifft dies sogar für knapp 69% der Unternehmen zu. Die Urteile liegen über den Werten aus den vergangenen zehn Jahren. Auch bei Ausschaltung der Saisoneinflüsse weisen die Meldungen auf eine klare Aufwärtsbewegung des Geschäftsklimas insgesamt hin. Die Klimaverbesserung kommt zu etwa gleichen Teilen aus den Einschätzungen zur Lage und zu den Aussichten (vgl. Abbildung).

Zwischen den Sparten differiert das Stimmungsbild aber deutlich. Im *Hochbaubereich* ist es nach

der außergewöhnlich kräftigen Belebung zu Jahresanfang zu einer ersten Korrektur gekommen. Sowohl die Lage als auch die Aussichten gaben saisonbereinigt nach. Zwar sind die im Vorjahr wegen der Abschaffung der Eigenheimzulage gestellten Bauanträge und vorgezogene Baumaßnahmen in Antizipation der für 2007 vorgesehenen Mehrwertsteuererhöhung noch nicht abgearbeitet. Es ist aber abzusehen, daß diese Maßnahmen die Baunachfrage nur zeitlich begrenzt stützen werden. Die Auftragseingänge im Wohnungsbau fielen im ersten Quartal dieses Jahres bereits deutlich hinter jene vom Vorquartal zurück. Freilich gehen derzeit Anregungen vom öffentlichen Hochbau aus, diese können aber den Rückgang vom Wohnungsbau gerade ausgleichen.

Die *Ausbauunternehmen* melden eine kräftige Lageverbesserung. Diese Entwicklung paßt zur Konjunkturabfolge der Spartenaktivität, denn ihre Bauleistungen sind dem Rohbau nachgelagert. Nach

Geschäftslage und -aussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Periodische Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de

Quelle: IWH-Baumfragen.

dessen Belebung Anfang dieses Jahres profitieren nunmehr die Ausbauunternehmen von den Vorzieheffekten der privaten Haushalte im Wohnungsbau. Zudem dürfte wegen der anhaltenden Verteuerung von Energie die Nachfrage nach Modernisierung der Heizung zugenommen haben, zumal diese Maßnahmen durch die KfW gefördert werden. Die Aussichten über den Sommer hinaus sehen die Ausbauunternehmen aber wieder in einem eher verhaltenen Licht. Die optimistischen Meldungen übersteigen die pessimistischen nur noch geringfügig.

Auch die überwiegend im *Tiefbau* tätigen Unternehmen beurteilen die Geschäftslage im April deutlich besser als zuvor. Nach den außergewöhnlich hohen witterungsbedingten Produktionsausfällen im ersten Quartal dieses Jahres, die im Tiefbau

besonders zu Buch geschlagen haben, kommt dies nicht überraschend. Die Erwartungen für die nächsten Monate steigen zwar auch an, eine erneute Beschleunigung ist aber nicht erkennbar.

Aus der Frühjahrsbelebung, die zum Teil von Nacharbeiten ausgefallener Bauprojekte aus dem ersten Quartal gestützt wird, kann noch nicht auf ein Erreichen der Talsohle am ostdeutschen Bau geschlossen werden. Eine Abschwächung des noch anhaltenden Nachfragerückgangs ist aber wahrscheinlich.

Brigitte.Loose@iwH-halle.de

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Vergleich der Ursprungswerte zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode, Stand April 2006 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Apr. 05	Feb. 06	Apr. 06	Apr. 05	Feb. 06	Apr. 06	Apr. 05	Feb. 06	Apr. 06	Apr. 05	Feb. 06	Apr. 06	Apr. 05	Feb. 06	Apr. 06
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	6	11	17	26	30	43	48	45	32	20	15	8	-36	-19	19
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	5	7	15	27	31	44	46	47	35	22	15	6	-35	-23	18
darunter ^b															
Hochbau	2	8	17	25	32	43	45	46	36	27	15	4	-45	-20	20
Tiefbau	9	5	11	31	31	47	44	49	34	16	15	8	-19	-27	16
Ausbaugewerbe	9	19	23	22	25	38	52	40	25	17	16	14	-38	-12	22
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	7	8	19	19	23	37	42	45	30	32	24	14	-48	-38	13
20 bis 99 Beschäftigte	6	10	15	31	34	43	48	44	37	16	12	5	-27	-12	16
100 und mehr Beschäftigte	5	15	17	30	33	52	65	46	24	0	6	7	-30	-3	38
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	7	8	18	27	43	51	49	40	26	18	9	6	-33	2	37
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	6	5	16	28	44	55	50	44	26	17	7	4	-34	-1	41
darunter ^b															
Hochbau	7	6	19	26	51	54	48	37	23	19	7	4	-35	13	45
Tiefbau	5	5	12	28	37	56	52	51	29	15	7	3	-34	-16	36
Ausbaugewerbe	9	17	22	25	38	41	47	32	25	19	14	12	-32	10	25
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	7	8	19	28	38	46	47	42	27	18	11	9	-30	-7	29
20 bis 99 Beschäftigte	8	9	17	25	44	50	47	37	30	21	9	3	-35	7	34
100 und mehr Beschäftigte	0	6	17	30	49	62	65	42	14	5	3	7	-40	9	59

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

“1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop - HEPAW”

Am 20. und 21. Juni 2006 wird das IWH gemeinsam mit dem Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) einen Workshop zu den Themen Effizienz- und Produktivitätsanalysen, den “1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop – HEPAW” veranstalten. Ziel des Workshops ist die Diskussion aktueller theoretischer und empirischer Forschungsergebnisse der Produktivitäts- und Effizienzmessung aus den Disziplinen Volkswirtschaftslehre, Agrarökonomik, Betriebswirtschaftslehre, Operations Research und verwandten Gebieten. Dazu werden theoretische und empirische Arbeiten aus den Anwendungsfeldern Agrarwirtschaft, Regulierung, Gesundheitsökonomik, Produktionstheorie, Umweltökonomik, Staat und Industrie vorgestellt.

Der Workshop soll insbesondere dazu dienen, die Gemeinschaft der deutschen Produktivitätsforschung zusammenzubringen, ist aber selbstverständlich für alle Interessierten geöffnet.

Als Keynote Speaker konnten die international ausgewiesenen Wissenschaftler Prof. Tim Coelli, University of Queensland, und Prof. Subal Kumbhakar, Binghamton University, gewonnen werden.

Die Veranstaltungsausschreibung, Details zum Workshop und weitere Informationen sind unter: <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop200606/info.htm> zu entnehmen.

Workshop „Monetary and Financial Economics”

Das IWH organisiert gemeinsam mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie dem Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank den Workshop „Monetary and Financial Economics”. Die Veranstaltung findet in Halle am 29. und 30. Juni 2006 nunmehr in vierter Auflage statt. Der Workshop bietet ein Forum für Nachwuchswissenschaftler, eigene Forschungsarbeiten aus allen Bereichen der monetären Ökonomik einem kompetenten Auditorium zur Diskussion zu stellen.

3. IAB-IWH-Workshop „Arbeitsmärkte und Mobilität“

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB) veranstalten einen gemeinsamen zweitägigen Workshop zum Thema „Arbeitsmärkte und Mobilität“, der am 9. und 10. November 2006 in Halle (Saale) stattfindet. Auf dem Workshop sollen Arbeitsmarktprobleme vorgestellt und diskutiert werden, die in einem inhaltlichen Zusammenhang zur regionalen Mobilität, zur Einkommensmobilität und zur beruflichen Mobilität stehen. Besonderer Wert wird auf die Darstellung der politischen Implikationen der jeweiligen Resultate gelegt.

Tagung „Halle Forum on Urban Economic Growth“

Das IWH veranstaltet am 23. November 2006 die Tagung „Halle Forum on Urban Economic Growth“. Das Forum bietet sowohl Wissenschaftlern als auch Praktikern die Möglichkeit, theoretische und empirische Fortschritte der Stadtökonomik und Determinanten städtischen Wachstums zu diskutieren.

Durchgeführte Veranstaltungen:

3. Workshop des internationalen Forschungsnetzwerks „Money in Business Cycles – MiB“

Die Mitglieder des internationalen Forschungsnetzwerks „Money in Business Cycles – MiB“ trafen sich am 19. Mai 2006 zu ihrem dritten Workshop in Frankfurt/Main. Die Veranstaltung wurde vorbereitet und geleitet durch die Initiatoren des Netzwerkes, Dr. Diemo Dietrich (IWH) und PD Dr. Albrecht Michler (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf). Es wurden aktuelle Forschungsprojekte des Netzwerkes diskutiert, die sich mit Fragen der Transmission geldpolitischer Impulse befassen. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war der Vortrag von Herrn Professor Dr. Hermann Remsperger (Deutsche Bundesbank), der als Gastredner zu „Geldpolitik und globale Ungleichgewichte“ referierte.